



# BESCHLÜSSE

DER ORDENTLICHEN BUNDESKONFERENZ  
DER ARBEITSGEMEINSCHAFT SPDQUEER

am 15. Mai 2021, digital

## Inhaltsverzeichnis

Antrag 001: Weil 'Queer' und 'Soziales' kein Widerspruch sein müssen: Für eine Sozialstaatsreform aus sozialdemokratisch- queerer Perspektive .....	3
Antrag A001: Benennung des § 1592 BGB ändern .....	17
Antrag A002: Stopp der Diskriminierung von LSBTTIQ*-Menschen in Polen .....	17
Antrag A003: Ungleichbehandlung abschaffen -Abstammungsrecht endlich reformieren .....	17
Antrag A004: Diskriminierung bei der Blutspende beenden -jetzt! .....	18
Antrag A005: Sichtbarkeit von LSBTIQ* durch Benennung von Straßen und Plätzen .....	18
Antrag A006: Charta der Vielfalt unterzeichnen .....	19
Antrag A007: Änderung der AG-Richtlinien - Bundeskonferenz wieder zweitägig durchführen .....	19
Antrag A008: Neuer Delegiertenschlüssel Bundeskonferenz(BuKo) und des Bundesausschusses (BA) .....	20
Antrag A009: Familie ist da, wo Menschen Verantwortung füreinander übernehmen: Familienvielfalt anerkennen, alle Familien unterstützen!.....	20
Antrag A010: Angebote und Anlaufstellen für Eltern von LSBTIQ* Kindern und Jugendlichen rund um Sexualität, sexuelle Orientierung und Geschlecht bundesweit auf- und ausbauen	21
Antrag A011: Resolution zur Situation in Polen und Ungarn: .....	21
Antrag A012: Queerpolitische Sprecher*innen in allen Landtagsfraktionen .....	23
Antrag A013: Regelmäßige Treffen der queerpolitischen Fachsprecher*innen der SPD- Bundestags- und Landtagsfraktionen .....	24
Antrag A014: Regenbogenfamilien rechtlich anerkennen! .....	24
Antrag A015: Wissen ist Macht - für mehr verlässliche Europäische Studien im Kampf gegen Hass! .....	26
Antrag A016: Lecktücher zugänglicher machen .....	27
Antrag A017: Diskriminierung im Asylverfahren aufgrund der sexuellen Orientierung und geschlechtlichen Identität entschlossen bekämpfen .....	28
Antrag A018: SPD queer fordert eine Gleichstellung der Rechtsstellung verheirateter Frauen in einer gleichgeschlechtlichen Ehe.....	28
Antrag A019: Platz schaffen für queere Themen in den Lehrplänen!.....	29
Antrag A020: Schutz queerer Flüchtlinge.....	30
Antrag A021: Schutz der queeren Szene .....	31
Antrag A022: Änderung des Abstammungsrechts .....	31
Antrag A023: Erweiterung Artikel 3 GG .....	32
Antrag A024: Aufhebung Blutspendeverbot .....	33
Antrag A025: Reform TSG .....	33
Antrag A026: Regelmäßige Tests auf Geschlechtskrankheiten als Kassenleistung .....	34
Antrag A027: Regenbogenbeflaggung an Gebäuden des Bundes und der Länder erleichtern	35
Antrag A028: Anerkennung und Schutz von queeren Geflüchteten .....	35
Antrag A029: Unterstützung und Schutz von LGBTIQ* in Polen und Ungarn .....	36

Antrag A030: Delegiertenschlüssel solidarisch umbauen.....	36
Antrag A031: Diversitätsquote in den Vorständen vonAktiengesellschaften .....	37
Antrag A032: Benennung der beiden beratenden Delegierten zum Bundesparteitag .....	38
Antrag I005: Initiativantrag für die Kandidatur zur/zum Bundesvorsitzenden durch Oliver Strotzer und Carola Ebhardt.....	38
Antrag I006: Initiativantrag Abstimmung zu Selbstbestimmungsgesetz unterstützen .....	38

# Antrag 001: Weil 'Queer' und 'Soziales' kein Widerspruch sein müssen: Für eine Sozialstaatsreform aus sozialdemokratisch-queerer Perspektive

Antragsteller*in:	Bundesvorstand
Beschluss:	angenommen in geänderter Fassung

1 Wiederkehrend wird von populistischer Seite behauptet, dass der Einsatz für die  
2 Freiheitsrechte von LSBTIQ\*-Menschen zur Vernachlässigung sozialer Gerechtigkeit  
3 geführt habe. Dabei werden die Grund- und Menschenrechte auf der einen und die  
4 soziale Frage auf der anderen Seite gegeneinander ausgespielt und als unaufhebbarer  
5 Widerspruch vorgeführt. Die Anerkennung von Individualität und Differenz sowie  
6 sozialer Gerechtigkeit gehören untrennbar zusammen.

7 Es wird verdrängt, dass auch Arbeiter\*innen, prekär Beschäftigte, Arbeitslose und  
8 Solo-Selbstständige lesbisch, schwul, bisexuell, trans-, intergeschlechtlich und  
9 queer sind und waren. Nicht zuletzt wurden LSBTIQ\*-Personen aufgrund der mangelnden  
10 Anerkennung ihrer Existenz und ihrer Freiheitsrechte in prekäre Lebenslagen und an  
11 die Ränder der Gesellschaft gedrängt. Das ist und war schon immer mit  
12 gesundheitlichen, sozialen und ökonomischen Konsequenzen verbunden: Armut, soziale  
13 Isolation, schlechtere Gesundheitsversorgung, psychische, physische und sexualisierte  
14 Gewalt sowie ein höheres Risiko von psychischen Krankheiten und Suizid betroffen zu  
15 sein - all das gehört zu den Erfahrungen, die LSBTIQ\*-Personen bis heute machen.

16 Zugleich zeigt sich, dass nicht alle Personen der äußerst heterogenen LSBTIQ\*-  
17 Community in gleicher Art und Weise betroffen sind. Soziale Benachteiligung und  
18 Queersein fallen nicht immer zusammen; LSBTIQ\*-Personen die prominent sind  
19 oder prestigeträchtigen Berufen nachgehen, bringen bessere Startvoraussetzungen mit.

20 In queeren Communities zeichnet sich die Ungleichverteilung der Gesellschaft ab:  
21 Bessergestellten ist es möglich, queere Angebote in Großstädten wahrzunehmen, während  
22 weniger Privilegierte diese Möglichkeiten nicht nutzen können. Rassismus, ist in den  
23 queeren Communities ebenso verbreitet wie im Rest der Gesellschaft. Vor diesem  
24 Hintergrund überrascht es nicht, dass neoliberale und rechtspopulistische  
25 Bestrebungen in den LSBTIQ\*-Communities Zulauf finden.

26 Aus diesen Gründen gehören Sozialstaat und liberaler Rechtsstaat zusammen - wenn das  
27 eine gegen das andere aufgewogen wird, verlieren beide. Eine 'libertäre' Perspektive,  
28 die die konkreten Lebensbedingungen von LSBTIQ\*-Personen ignoriert, gibt vor, an  
29 Freiheit interessiert zu sein, trägt in Wahrheit zu Unfreiheit und Ungerechtigkeit  
30 bei. Umgekehrt riskiert eine rein 'soziale' Perspektive, die Grund-, Minderheiten-  
31 und Menschenrechte ignoriert, die Demokratie aufzugeben.

32 Daher ist es notwendig, Geschlecht und Sexualität als relevante Momente einer Debatte  
33 über die zukünftige Ausgestaltung unseres Sozialstaates zu begreifen und zu fragen,  
34 welche Überlegungen zu einer Sozialstaatsreform sich aus konkreten Erfahrungen und  
35 Lebenssituationen queerer Menschen ergeben. So wird eine sozialdemokratisch queere  
36 Perspektive auf den Sozialstaat eingenommen, die die Lebensbedingungen von weniger  
37 Privilegierten verbessern will - und das vor allem bezüglich sozioökonomischer

38 Bedingungen.

39 Die Rücknahme sozialstaatlicher Errungenschaften in den vergangenen Jahrzehnten  
40 erfordert, unser Verständnis von Sozialstaat zu schärfen. Wir begreifen den  
41 Sozialstaat als eine umfassende öffentliche Daseinsvorsorge, die auf eine  
42 gesellschaftliche abgesicherte Freiheit für jeden Einzelnen und alle abzielt. Dabei  
43 geht es darum, die Unterschiedlichkeit der Menschen - ihre unterschiedlichen  
44 Bedürfnisse, Fähigkeiten, Voraussetzungen und Lebensentwürfe - als gleichwertig  
45 anzuerkennen und jedem die Möglichkeit zu bieten, sich bestmöglich zu entfalten und  
46 in Freiheit zu leben. Dazu bedarf es staatlicher und gesellschaftlicher  
47 Interventionen, die Entwicklungen abfedern, die die Freiheit von Menschen bedrohen  
48 oder einschränken.

49 In Zeiten der Pandemie wird die Notwendigkeit eines umfassenden Sozialstaates  
50 besonders sichtbar, offenbart sie doch die Verletzlichkeit queerer Strukturen in  
51 Deutschland: Beratungsangebote für LSBTIQ\*-Personen können nicht oder nur  
52 eingeschränkt wahrgenommen werden. Vereine und Verbände, die von öffentlichen Mitteln  
53 abhängen, geraten unter Druck. Safe Spaces wie Bars, Clubs oder Saunen droht das Aus.  
54 Queeren Medien brechen die Anzeigen und Auslegestellen weg. Künstler\*innen und  
55 Kulturschaffende können nicht mehr arbeiten und fallen als Soloselbständige durch das  
56 Raster der von Bund und Ländern geschnürten Hilfspakete. Es droht ein nie dagewesener  
57 Kahlschlag der queeren Infrastruktur, der unbedingt verhindert werden muss. Wir  
58 fordern daher unmittelbare Maßnahmen zum Erhalt queerer Strukturen und langfristige  
59 politische Entscheidungen, die die Krisenfestigkeit der queeren Infrastruktur  
60 sichern. Strukturen sind kein Selbstzweck, sondern ein solidarisches Netzwerk, das  
61 über Jahrzehnte gewachsen ist und LSBTIQ\*-Personen Schutz und Unterstützung gewährt.

62

### 63 1. Solidarität intersektional denken

64 Seit über 50 Jahren kämpfen LSBTIQ\*-Personen für selbstbestimmtes Leben, frei von  
65 Diskriminierung und Unterdrückung aufgrund von Geschlecht oder sexueller  
66 Orientierung. Historisch gesehen ist dieser Kampf immer eine intersektionale Bewegung  
67 gegen Polizeiwillkür und -gewalt. Sie hat ihre Geburtsstunde in den Aufständen des  
68 28. Junis 1969 nach einer Razzia im Szenelokal Stonewall Inn. Entgegen der Annahme,  
69 dass dieses nur von weißen, schwulen cis\* Männern besucht wurde, verkehrten hier  
70 zahlreiche Sexarbeiter\*innen, obdachlose Jugendliche, wirtschaftlich schwächer  
71 Gestellte, Dragqueens und trans\* Menschen sowie Schwarze, Latinx und People of Color  
72 (PoC). So wurde der Widerstand maßgeblich von Schwarzen, PoC und trans\* Personen  
73 getragen, die gegen Polizeigewalt aufbegehrten. Auch heute ist zu beobachten, wie  
74 Schwarze und Personen of Color strukturell diskriminiert werden und massiv von Gewalt

75 betroffen sind - ein Anliegen, auf das die Black-Lives-Matter-Bewegung aufmerksam  
76 macht. Der Einsatz für die Rechte von queeren und Schwarzen sowie Menschen of Color  
77 sind deshalb bis heute nicht trennbar.

78 Als Bewegung haben sich politische LSBTIQ\*-Personen immer wieder mit der  
79 Arbeiter\*innenbewegung solidarisiert. Das prominenteste Beispiel hierfür ist die  
80 Gruppe Lesbians and Gays Support the Miners um den Aktivist Mark Ashton, die sich  
81 zur finanziellen und moralischen Unterstützung der Streikenden und ihrer Familien  
82 während des einjährigen Bergarbeiterstreiks von 1984/1985 in Großbritannien gegründet  
83 hatte. Wie die LSBTIQ\*-Community waren die streikenden Bergarbeiter Polizeiwillkür  
84 und -gewalt ausgesetzt. Als Folge dieser Solidarität unterstützte die Labour Party  
85 seit 1985 die Rechte von Schwulen und Lesben offiziell, unter anderem weil die  
86 National Union of Mineworkers geschlossen dafür gestimmt hatte.

87 Vergleichbar zur Solidarisierung mit der Arbeiter\*innenbewegung in Großbritannien  
88 wünschen wir uns, dass die queere Community sich zukünftig wieder mit anderen Teilen  
89 der Gesellschaft solidarisiert. Denn leider ist die LSBTIQ\*-Community Teil von  
90 Ausgrenzungsstrukturen: Nicht nur „feminine Schwule“, „maskuline Lesben“, trans\*  
91 Menschen oder Angehörige von Fetisch-Communities werden abgewertet. LSBTIQ\*-Personen  
92 einer weißen bürgerlichen Mittelklasse ignorieren die tatsächlichen Lebensrealitäten  
93 anderer Menschen. LSBTIQ\*-Migrant\*innen und wirtschaftlich schwache LSBTIQ\*-Personen  
94 werden nicht als Teil der Community wahrgenommen und behandelt, sondern innerhalb der  
95 LSBTIQ\*-Szene stigmatisiert.

96 Hier muss ein Umdenken stattfinden! Respekt, Akzeptanz, aber auch Solidarität sind  
97 die Grundlage für handlungsstarke und vielfältige Communities. Denn Solidarität  
98 bedeutet bei aller Unterschiedlichkeit wechselseitige Verbundenheit,  
99 Zusammengehörigkeit und Hilfe. Sie ist die Bereitschaft der Menschen, füreinander  
100 einzustehen, sich gegenseitig zu helfen und zu unterstützen. Sie gilt zwischen  
101 Starken und Schwachen, zwischen Alten und Jungen sowie zwischen Menschen  
102 unterschiedlicher geschlechtlicher und sexueller Identitäten. Solidarität ist eine  
103 starke Kraft, die unsere Gemeinschaft zusammenhält. Solidarität schafft nicht zuletzt  
104 die Macht, Veränderungen herbeizuführen. □

105 2. Wer ökonomisch fremdbestimmt ist, kann kein selbstbestimmtes Leben führen:  
106 Wirtschaftsordnung, Steuersystem und Sozialversicherung reformieren!

107 Verschiedenen Formen von Unterdrückung und Ausbeutung, die queere Menschen erfahren,  
108 sind untrennbar mit dem kapitalistischen Wirtschaftssystem verbunden, wobei die  
109 Abschaffung des Kapitalismus nicht zwangsläufig Rassismus und Sexismus beendet. Auch  
110 wenn Neoliberalismus für (einige) LSBTIQ\*-Personen Fortschritte und individuelle  
111 Entfaltungsmöglichkeiten mit sich bringen, so gilt dies nicht für alle. Denn wer  
112 ökonomisch fremdbestimmt ist, kann kein selbstbestimmtes Leben führen. Noch immer  
113 prägt das Verhältnis von Kapital und Arbeit unsere Gesellschaft, unsere  
114 Lebensverhältnisse und damit unsere Freiheit. Die Angst vor negativen Konsequenzen am  
115 Arbeitsplatz und den damit verbundenen wirtschaftlichen Folgen hindert nach wie vor  
116 queere Menschen daran, sich vollständig zu outen und ein freies, selbstbestimmtes  
117 Leben zu führen.

118 Als SPDqueer fordern wir ein freies und selbstbestimmtes Leben für jede\*n. Dies ist  
119 nur möglich, wenn die Strukturen des herrschenden Wirtschaftssystems reformiert

120 werden, um so einen sozialen und gesellschaftlichen Wandel zu erstreiten.  
121 Eine tragende Säule des deutschen Sozialstaates ist die Sozialversicherung: Sie  
122 sichert Beitragszahlenden Ansprüche zu, die nicht zurückgenommen werden können und  
123 gilt deshalb als besonders stabil. Gleichzeitig gilt dadurch: Wer lange arbeitslos  
124 oder nicht sozialversicherungspflichtig beschäftigt ist, riskiert, in Altersarmut zu  
125 leben. Die Sozialversicherung hat die Tendenz, Lebenslagen zu verfestigen, statt  
126 Umverteilung zu ermöglichen. So bleiben Reiche reich und Arme arm. Schlimmer noch:  
127 Die steuerliche Begünstigung von Bessergestellten, von Kapiteleerträgen, die  
128 vielfältigen Absetzungs- und Abschreibungsmöglichkeiten sowie die verschlafene  
129 Umverteilungspolitik der letzten Jahrzehnte führt dazu, dass die Schere von Arm und  
130 Reich immer weiter auseinandergeht.

131 In queeren Communities lassen sich hohe Armutsraten, prekäre Beschäftigung und  
132 Arbeitslosigkeit beobachten. So verlieren oder kündigen transgeschlechtliche Menschen  
133 nicht selten ihren Arbeitsplatz, wenn sie transitionieren. Die psychische Belastung,  
134 die queere Menschen in einer queerfeindlichen Umgebung erfahren, ermöglicht es nicht  
135 allen, einer Vollzeitbeschäftigung nachzugehen. Auch queere Menschen arbeiten im  
136 Bildungs-, Kunst-, Kultur- und auch Gastronomiebereich und sind dort selbstständig  
137 beschäftigt. Doch die Honorare sind oft nicht hoch genug oder krisenfest, um  
138 langfristig gut davon leben zu können.

139 Wir fordern deshalb:

- 140 • Eine stärkere Absicherung von (Solo-)Selbständigen, Künstler\*innen und
- 141 Kulturschaffenden
- 142 • Debatte über Bedingungsloses Grundeinkommen und Ergänzung des
- 143 Sozialversicherungsprinzips durch Steuerprinzip (vgl. Skandinavien)
- 144 • Stärkere Besteuerung von Vermögen/Kapital, die Anhebung des Steuersatzes für
- 145 Besserverdienende - zwecks Finanzierung und aus Gründen der Gerechtigkeit

146 3. Wohnen ist ein Menschenrecht - auch für LSBTIQ\*

147 Wohnen ist ein Grundbedürfnis und ein Kernbereich der Existenz für alle Menschen.  
148 LSBTIQ\*- Personen stehen bei der Suche nach Wohnraum vor großen Herausforderungen.  
149 Mitglieder der Community berichten von Schwierigkeiten beim Zugang zum Wohnungsmarkt.  
150 Sie stoßen auf Vorbehalte von Vermieter\*innen und gerade LSBTIQ\*-Personen mit einem  
151 mittleren oder niedrigen Einkommen finden oft keine adäquate Wohnung.  
152 Im Wesentlichen erfahren queere Menschen zwei Arten der direkten Diskriminierung:  
153 Einerseits in bereits bestehenden Mietverhältnissen beispielsweise durch homo- oder  
154 transphobe Nachbar\*innen und andererseits während der Wohnungssuche selbst. Vor  
155 allem queere People of Color werden aufgrund ihres Aussehens oder aufgrund nicht-  
156 deutscher Namen von Vermieter\*innen abgelehnt. Auch Bewerber\*innen, die als trans\*  
157 gelesen werden oder deren Dokumente Namensabweichungen aufweisen, haben schlechtere

158 Chancen auf dem Wohnmarkt. Denn die Vermietung und die Auswahl der Mieter\*innen ist -  
159 bei nicht öffentlich geförderten Wohnungen - dem freien Markt überlassen. Gesetzgeber  
160 und Verwaltung haben keine Einflussmöglichkeiten und das Gesetz schreibt es  
161 Vermieter\*innen nicht vor, Ablehnungsgründe im Bewerbungsverfahren anzugeben.  
162 LGBTI\*-Personen sind außerdem oftmals nicht nur von einer Form der Diskriminierung  
163 betroffen. Frauen verdienen im Durchschnitt weniger als Männer und so haben lesbische

164 Paare meist weniger Budget bei der Wohnungssuche zur Verfügung als andere.  
165 Insbesondere Regenbogenfamilien brauchen zudem ein Umfeld, das ihre Familienform  
166 akzeptiert und in dem selbstverständlich mit Kindern umgegangen wird, die nicht mit  
167 einem oder zwei heterosexuellen Elternteilen aufwachsen. Auf dem privaten  
168 Wohnungsmarkt kommt es zu Benachteiligungen von entsprechenden  
169 Familienkonstellationen; wenn etwa der schwule Vater selbstverständlich in der Nähe  
170 seiner bei zwei lesbischen Müttern aufwachsenden Kinder leben möchte.  
171 LSBTIQ\*-Jugendliche finden sich oft in schwierigen Situationen wieder. Mangelnde  
172 Akzeptanz oder offene Ablehnung durch die Eltern und das Umfeld führen häufiger zu  
173 Wohnungslosigkeit oder Betreuungsbedarf als bei heterosexuellen Jugendlichen. Die  
174 Unterstützung von jugendlichen LSBTIQ\*-Personen ist deshalb unbedingt erforderlich,  
175 besonders wenn sie von Wohnungslosigkeit bedroht sind. Stattdessen brauchen sie ein  
176 stabiles, akzeptierendes Wohnumfeld mit Menschen, die ihre Situation kennen und mit  
177 denen sie sich austauschen und identifizieren können.  
178 Vielen älteren LSBTIQ\*-Personen bereitet das Thema Wohnen und Pflege im Alter Sorgen  
179 und ist mit Ängsten verbunden, die auf Erfahrungen von Ausgrenzung und  
180 Diskriminierung basieren: Pflegebedürftig zu werden, seine Wohnung aufgeben zu müssen  
181 und in einem diskriminierenden Umfeld untergebracht zu werden, ist eine der größten  
182 Ängste. Eine konkrete Befürchtung und Erfahrung ist, im betreuten Wohnen und in der  
183 Pflege mit Personal konfrontiert zu werden, welches die besondere Situation dieser  
184 Personengruppen nicht versteht und auf individuelle Bedürfnisse nicht eingehen kann  
185 oder will. Daher sind LSBTIQ\*-Personen im Alter auf ein Umfeld angewiesen, das die  
186 besonderen Bedürfnisse dieser Personengruppe kennt und achtet sowie bei der Betreuung  
187 und Pflege berücksichtigt. In einigen Großstädten gibt es bereits spezialisierte,  
188 altersgerechte Wohn- und Pflegeprojekte für LSBTIQ\*-Personen oder diese sind in  
189 Planung. Darüber hinaus haben queere Menschen aufgrund des immer noch nicht  
190 angepassten Adoptionsrechts seltener eigene Nachkommen. Dies führt zu einer  
191 prozentual größeren Zahl von Singlehaushalten und zu einer größeren Gefahr der  
192 Vereinsamung im Alter. Dem kann mit einer stärkeren, wohnortnahen und  
193 generationenübergreifenden Vernetzung von LSBTIQ\*-Personen im Alter entgegengewirkt  
194 werden.  
195 Wohnprojekte, Mehrgenerationenprojekte und altersgerechte Wohnformen, die das  
196 Zusammenleben von LSBTIQ\*-Personen ermöglichen und fördern, sind Ausdruck einer  
197 fortschrittlichen Wohnungspolitik. Die Unterstützung solcher Projekte durch  
198 Sensibilisierung zuständiger Stellen ist zwingend notwendig. Spezifische  
199 Wohnprojekte, in denen sich LSBTIQ\*-Personen in verschiedenen Lebenssituationen und -  
200 phasen diskriminierungsfrei entfalten können, sind erstrebenswert. Eine zeitgemäße  
201 Wohnraumpolitik muss Trägern die Möglichkeit eröffnen, intergenerationelle  
202 Wohnprojekte für die LSBTIQ\*-Community zu initiieren und durch entsprechende  
203 Fördermöglichkeiten zu realisieren. Dabei kann die Politik den Rahmen schaffen, in  
204 dem solche Projekte erfolgreich auf den Weg gebracht werden können.  
205 Studien, die sich explizit mit der Situation von LSBTIQ\*-Personen auf dem  
206 Wohnungsmarkt befassen, gibt es bislang kaum und sind dringend notwendig.  
207 Wir fordern deshalb:  
208 • Eine Reform des Allgemeinen Gleichbehandlungsgesetzes, die auch den freien



209 Wohnungsmarkt umfasst.

210 • Die Förderung von Wohnungsgenossenschaften, da diese vor Kündigung schützt und  
211 ein Dauerwohnrecht sichert

212 • Geschlechtliche und sexuelle Vielfalt sollen sich in der sozialen Durchmischung  
213 bei der Quartiersentwicklung und Neuerschließung von Wohnraum widerspiegeln

214 • Die Aufklärung und Sensibilisierung von Vermieter\*innen

215 • Die Schaffung einer bundesweiten Mietpreisbremse, um Menschen vor der  
216 Wohnungslosigkeit zu schützen

217 • Die staatliche Förderung queerer Sozialarbeit, Hilfen für junge queere Wohnungs-  
218 und Obdachlose, eigene Anlaufstellen und Unterkünfte für queere Wohnungs- und  
219 Obdachlose:

220 • Die staatliche Förderung von LSBTIQ\*-freundlichen Wohn- und Altersheimen für  
221 ältere Menschen, einschließlich der Aufklärung und Schulung von pflegerischem  
222 Personal

223 • Die staatliche Förderung von queer-freundlichen Mehrgenerationenprojekten und  
224 Wohnprojekten

225 • Die staatliche Förderung und Finanzierungen von Studien zu Lebensrealitäten von  
226 LSBTIQ\*-Personen, um konkrete Zahlen zu queerer Obdachlosigkeit und zu  
227 Diskriminierung bei der Wohnungssuche und im Wohnumfeld aufgrund sexueller und  
228 geschlechtlicher Identität in Deutschland zu erforschen

229 4. Aufklärung, Bildung und Erziehung für eine pluralistische Gesellschaft

230 Schule ist ein zentraler Ort in der Lebenswelt von Jugendlichen, an dem - zum

231 Beispiel durch Unterrichtsmaterialien, Lehrkräfte, schulinterne Strukturen oder die

232 Schüler\*innen selbst - heteronormative Strukturen und Machtverhältnisse reproduziert

233 werden. Queere Identitäten sind größtenteils unsichtbar und werden höchstens als

234 Ausnahme thematisiert. Die wenigen bestehenden schulexternen LSBTIQ\*-

235 Aufklärungsprojekte haben als Ziel den Abbau von Vorurteilen und Diskriminierung und

236 die Schaffung von Respekt, gegenseitiger Wertschätzung, insbesondere im Hinblick auf

237 LSBTIQ\*-Menschen.

238 Das Thematisieren und Reflektieren über Geschlechterrollen, Vorurteile und

239 Diskriminierung sowie verschiedene Lebensentwürfe muss jedoch Teil der allgemeinen

240 Schulbildung sein und darf nicht nur von schulexternen Trägern vorangetrieben werden.

241 Schüler\*innen müssen in der Schule einen Anlass erhalten, die eigenen Vorstellungen

242 von Geschlecht, Geschlechterrollen und sexueller Orientierung zu reflektieren, zu

243 hinterfragen und autonomieförderlich auszubauen. Aufklärung zu diesen Themen ist

244 nicht nur für queere Identitäten wichtig. Homo-, Bi- und Transfeindlichkeit wirken

245 sich auf alle Menschen negativ aus, da sie rigide Erwartungen über

246 Geschlechtsrollenverhalten und -klischees aufrechterhalten und zu Konformität

247 zwingen. Angesichts der Zunahme an antifeministischen und LSBTIQ\*-feindlichen

248 Einstellungen in der Gesellschaft, gerade im rechtsextremen, rechtspopulistischen,

249 christlich fundamentalistischen und islamistischen Spektrum, muss Schule

250 Aufklärungsarbeit leisten, um zu einer vielfältigen und akzeptierenden Gesellschaft

251 beizutragen.

252 Vielfalt, Respekt, Aufklärung und Gendergerechtigkeit sind Querschnittsthemen, die in

253 der Schule und Bildungseinrichtungen, auch durch außerschulische Lernorte und

254 Kooperationen, zu verankern sind.

255 Wir fordern deshalb:

- 256 • Geschlechter- und sexualreflexive Bildung in KiTa, Schule, Ausbildungsbetrieben
- 257 und Hochschulen durch verpflichtende Module auszubauen
- 258 • Sensibilisierung und Aufklärung in allen Aus- und Fortbildungsbereichen durch
- 259 verpflichtende Module zum Thema (queere) Vielfalt und Respekt
- 260 • Gendergerechte Sprache in Unterrichtsmaterialien, Schulverwaltung, Publikationen
- 261 und Werbematerialien zu etablieren.
- 262 • Schulverwaltungsprogramme, die es der Schulverwaltung ermöglicht, Geschlechts-
- 263 und Namenseinträge selbständig nach den Bedürfnissen betroffener Schüler\*innen
- 264 anpassen zu können
- 265 • Verankerung von nicht heterosexuellen und cis\*-geschlechtlichen Identitäten und
- 266 Lebensverläufen in Lehrplänen und Rahmenrichtlinien
- 267 • Die finanzielle und institutionelle Unterstützung von SCHLAU-Gruppen und queeren
- 268 Fort- und Weiterbildungsangebote (z.B. Waldschlösschen)
- 269 • Die flächendeckende Finanzierung sozialpädagogischer Angebote und
- 270 Koordinationsstellen zum Thema Vielfalt und Respekt□

271 Der Zugang zu Bildung muss im Zuge der Bildungsgerechtigkeit unabhängig vom  
272 sozioökonomischen Beschluss sein. Da queere Jugendliche und junge Erwachsene nicht immer  
273 von der eigenen Familie akzeptiert oder sogar ausgestoßen werden, können sie nicht  
274 immer ihre Bildungswege fortsetzen. Grundsätzlich muss der Staat die  
275 Rahmenbedingungen schaffen, dass alle Menschen ihren gewünschten Bildungsweg  
276 unabhängig von finanzieller Unterstützung einschlagen können. Dazu gehört auch, die  
277 notwendigen institutionellen Rahmenbedingungen zu schaffen - konkret: langes  
278 gemeinsames Lernen in kleinen Klassen -, damit Menschen substantielle  
279 Bildungserfahrungen machen können.

280 Bildung beschränkt sich nicht nur auf KiTas, Schulen, Hochschulen und ähnliche  
281 Institutionen, sondern auch Kulturangebote stellen eine breite Palette für ein  
282 lebenslanges Lernen dar. Die Teilhabe an solcher lebenslangen Bildung muss für alle  
283 gewährleistet werden. Konsequenterweise muss über eine generelle Gebührenfreiheit für  
284 kulturelle Einrichtungen nachgedacht werden. Der Ausgrenzung von Bürger\*innen durch  
285 hohe (Eintritts-)Gebühren in Theater, Museen, etc. muss gestoppt werden. Die  
286 Gewährung von freiem Eintritt darf dabei nicht zu Lasten der Museen bzw. Trä-ger  
287 gehen und es wäre verkürzt, die Kompensation ausschließlich aus dem Etat der  
288 Kulturbehörde zu leisten. Der Abbau der sozialen Barrieren für Bildungseinrichtungen  
289 und Museen ist eine Frage der sozialen Gerechtigkeit und damit eine  
290 gesamtgesellschaftliche Aufgabe. Im Bundestagswahlprogramm 2017 hat sich die SPD  
291 deshalb das Ziel gesetzt, "Kultur für alle" verwirklichen zu wollen: "Wir ermöglichen  
292 Kultur unabhängig von Geldbeutel, Schulabschluss, Alter, Geschlecht oder Herkunft."

293 Wir fordern deshalb:

- 294 • Möglichkeit auf elternunabhängiges Bafög oder alternativ eine stärkere
- 295 Unterstützungsmöglichkeiten in der Studienfinanzierung bei Konflikten mit den Eltern.
- 296 • Reform des Bildungssystems, die eine ernsthafte Auseinandersetzung mit
- 297 Betroffenheit ermöglicht
- 298 • durch kleine Lerngruppen mit solidarischem Sozialklima

299 • durch flächendeckender Gesamtschulansatz  
300 • durch flächendeckende Finanzierung sozialpädagogischer Angebote  
301 • gemeinsam mit Museen und Theatern ein Konzept zu erarbeiten, um mindestens  
302 einmal im Monat an einem Sonntag freien Eintritt zu ermöglichen

303 5. LSBTIQ\* im Kontext von Migration und Flucht

304 Migrant\*innen werden in der Dominanzgesellschaft nicht nur als nicht-deutsch gelesen,  
305 sondern auch als heterosexuell. LSBTIQ\*-Personen mit Migrationserfahrung erleben  
306 neben Diskriminierungserfahrung als Migrant\*in zusätzlich eine Diskriminierung  
307 aufgrund der sexuellen Orientierung oder geschlechtlichen Identität. Ein Outing in  
308 der Familie oder der Migrant\*innen-Community ist mit der Gefahr verbunden, aus diesen  
309 haltgebenden Netzwerken ausgeschlossen zu werden. Die Betroffenen reagieren häufig  
310 mit einem Versteckspiel, isolieren sich oder passen sich mit fragilen Lebensentwürfen  
311 an.

312 Sowohl die Einstellungen des familiären Umfeldes als auch Rassismus und  
313 Diskriminierung in den sozialen Räumen in Deutschland, die den Alltag prägen,  
314 belasten die physische wie psychische Gesundheit vieler LSBTIQ\*-Personen mit  
315 Migrationserfahrungen. So sind eine innere Ablehnung der eigenen sexuellen  
316 Orientierung oder des eigenen Geschlechts, Erfahrungen von Mehrfachdiskriminierung,  
317 Gewalterfahrungen, Depressionen und Suizidversuche in dieser Gruppe verbreitet.

318 In der Mehrheitsgesellschaft stoßen LSBTIQ\*-Personen mit Migrationshintergrund etwa  
319 bei Beratungsstellen und Behörden sehr oft auf fehlende inter- und transkulturelle  
320 Kenntnisse und Kompetenzen. Auf der anderen Seite tabuisieren die Netzwerke und  
321 Selbstorganisationen von Migrant\*innen dagegen häufig das Thema LSBTIQ\* und verorten  
322 es als ein Phänomen ‚westlicher‘ Gesellschaften. Antidiskriminierungsarbeit läuft  
323 also auf beiden Seiten eindimensional und wechselseitige Vorurteile bleiben bestehen.

324 Selbsthilfestrukturen oder Institutionen, die beide Momente vereinen, gibt es kaum.  
325 Eine besondere Gruppe von LSBTIQ\*-Personen mit Migrationshintergrund stellen  
326 Geflüchtete LSBTIQ\* dar. Oft machen sie spezifische homo- und trans\*-feindliche  
327 Erfahrungen in den Unterkünften, im öffentlichen Raum oder im Asylverfahren. Ebenso  
328 gibt es für sie beträchtliche Hürden, in Deutschland anerkannt zu werden. Für das  
329 Asylverfahren ist die Anhörung zentral. Geflüchtete wissen aber oft nicht, dass eine  
330 Verfolgung aufgrund der sexuellen Orientierung oder Geschlechtsidentität ein  
331 anerkannter Fluchtgrund ist. Dabei flüchten LSBTIQ\*-Personen aus Ländern, in denen  
332 Homosexualität oder Transgeschlechtlichkeit massiv geächtet und tabuisiert werden.

333 Daher ist es vielen geflüchteten LSBTIQ\*-Personen zunächst (noch) nicht möglich,  
334 offen über ihre sexuelle Orientierung und/oder Geschlechtsidentität und entsprechende  
335 Verfolgung zu berichten, wenn es ihre bisherige Überlebensstrategie war, diese  
336 gegenüber Dritten geheim zu halten. Hinzu kommt, dass ein Coming-out vor fremden  
337 Behördenmitarbeiter\*innen für sie eine immense Barriere darstellt und viele eine  
338 Weitergabe ihrer Informationen etwa an das Herkunftsland fürchten. Damit für LSBTIQ\*-  
339 Personen faire und qualifizierte Asylverfahren tatsächlich gewährleistet sind, muss  
340 diese Ausgangssituation umfassend und kultursensibel kompetent berücksichtigt werden.  
341 Das ist häufig nicht der Fall.

342 Es ist notwendig, die für das BAMF tätigen Entscheider\*innen deutlich stärker für den  
343 Umgang mit Asylsuchenden zu sensibilisieren, die wegen erlebter oder drohender

344 Verfolgung aufgrund ihrer sexuellen Orientierung oder geschlechtlichen Identität in  
345 Deutschland Schutz suchen. Das muss durch Aus- und Fortbildung und Einarbeitung  
346 gewährleistet sein. Das gleiche gilt für die bei Befragungen von Asylsuchenden  
347 eingesetzten Sprachmittler\*innen. LSBTIQ\*-Personen müssen bei der Befragung über  
348 intime und höchstpersönliche Sachverhalte Auskunft geben. Sie sind besonders  
349 schutzbedürftige Flüchtlinge im Sinne der EU-Aufnahmerichtlinie. Für sie muss für die  
350 Dauer ihres Asylverfahrens ein Rechtsanspruch auf Sprachmittlung durch unabhängige  
351 Dolmetscher\*innen verankert werden.

352 Problematisch sind auch sogenannte „sichere Herkunftsländer“. LSBTIQ\*-Geflüchtete aus  
353 „sicheren Herkunftsstaaten“ können sich zwar auf ihre Verfolgung wegen ihrer  
354 sexuellen Orientierung oder Geschlechtsidentität berufen, aber das Verfahren ist so  
355 verkürzt, dass sie es schwer haben, die ihnen drohende Verfolgung geltend zu machen.  
356 Das Konzept der „sichere Herkunftsstaaten“ begegnet größten menschenrechtlichen  
357 Bedenken. Kraft Gesetzes wird vermutet, Flüchtlingen drohe dort keine Verfolgung. Die  
358 damit verbundenen Schnellverfahren ohne Zugang zu fachkundiger Beratung und  
359 ausreichendem Rechtsschutz bedeuten gerade für Menschen aus dem LSBTIQ\*-  
360 Personenkreis, dass sie faktisch von einer fairen Prüfung ihrer Asylgründe  
361 ausgeschlossen werden. Zudem werden sie verpflichtend in besonderen  
362 Aufnahmeeinrichtungen mit Menschen aus ihren Herkunftsländern untergebracht, so dass  
363 sie Gefahr laufen, Unterdrückungs- und Ausgrenzungsmechanismen bis hin zur Gewalt  
364 ausgesetzt zu sein.

365 Wir fordern deshalb:

- 366 • Vermittlung von inter- und transkulturelle Kenntnissen und Kompetenzen bei
- 367 Beratungsstellen, Behörden und anderer Institutionen
- 368 • Aufbau und Förderung von Selbsthilfestrukturen, die die Lebensbereiche LSBTIQ\*
- 369 und Migration vereinen
- 370 • Kultursensibel geführte und faire qualifizierte Asylverfahren / Sensibilisierung
- 371 hinsichtlich der Beratungs- und Befragungspraxis / unabhängige Sprachmittler\*innen
- 372 • Gewährung des FlüchtlingsBeschluss, wenn Antragstellende aus Ländern kommen, in
- 373 denen LSBTIQ\*-Personen mit Hilfe von strafrechtlichen Bestimmungen verfolgt werden
- 374 • Erhebung, Koordination, Sicherung und Qualifizierung einer Beratungs- und
- 375 Unterstützungsstruktur für LSBTIQ\*-Flüchtlinge
- 376 • Abschaffung der Praxis der sogenannten „sicheren Herkunftsländer“

377 6. Für ein würdiges Leben queerer Menschen im Alter!

378 Aktuell treten immer mehr LSBTIQ\*-Personen in das Rentenalter ein, die den größten  
379 Teil ihres Lebens offen mit ihrer sexuellen Orientierung oder geschlechtlichen  
380 Identität gelebt haben. Nach Schätzungen des niedersächsischen Sozialministeriums  
381 sind etwa 1,8 Millionen queere Menschen heute älter als 60 Jahre. Im Alter ist diese  
382 Gruppe oft von Einsamkeit bedroht, da die wenigsten von ihnen eine Familie gründen  
383 konnten bzw. ihre gleichgeschlechtliche Partnerschaft mangels legaler Möglichkeiten  
384 oft kinderlos blieb. Außerdem haben viele von ihnen Diskriminierungserfahrungen  
385 gemacht, die ihnen einen offenen Umgang mit ihrer sexuellen Orientierung oder  
386 geschlechtlichen Identität erschweren. Pflegeeinrichtungen und -dienste sind auf  
387 diese Gruppe oft ungenügend oder gar nicht eingestellt. Das kleiner werdende soziale  
388 Umfeld und die eingeschränkte Mobilität führen zu Vereinsamung. Die meisten

389 Einrichtungen der LSBTIQ\*-Community sind auf ein jüngeres Publikum ausgerichtet und  
390 haben selten Angebote für queere Senior\*innen.

391 In den Niederlanden können sich Pflegeeinrichtungen mit dem Qualitätssiegel für eine  
392 respektvolle Pflege „Roze Loper“ zertifizieren lassen. Und mit dem Frankfurter  
393 Verband gibt es mittlerweile einen großen Träger von Pflegeeinrichtungen in  
394 Deutschland, der sich dem Thema „Regenbogenpflege“ verschrieben hat. Die  
395 Arbeiterwohlfahrt hat ihr Modellprojekt „Queer im Alter - Öffnung der  
396 Altenhilfeeinrichtungen der AWO für die Zielgruppe LSBTI“ gestartet. In NRW gibt es  
397 eine vom Land geförderte Fachberatung für gleichgeschlechtliche Lebensweisen in der  
398 offenen Senior\_innenarbeit. Diese Angebote bilden bisher einen Flickenteppich in  
399 Deutschland, aber sie stellen best-practice Beispiele dar und bilden ein Reservoir  
400 für Fachexpertise.

401 Angesichts dessen bedarf es eines umfassenden Konzepts für den Umgang mit LSBTIQ\*-  
402 Personen im Alter.

403 Wir fordern deshalb:

- 404 • Ein deutschlandweites Konzept der Aus- und Weiterbildung für Pflegekräfte im  
405 Bereich der Regenbogenpflege
  - 406 • Ein deutsches Qualitätssiegel für Pflegeeinrichtungen nach dem Vorbild der „Roze  
407 Loper“ in den Niederlanden
  - 408 • Die Förderung von queeren Wohnprojekten und Pflege-WGs im Alter
  - 409 • Die Einrichtung von Fachberatungen für gleichgeschlechtliche Lebensweisen in der  
410 offenen Senior\*innenarbeit in ganz Deutschland
  - 411 • Flächendeckende Angebote für queere Senior\*innen in queeren Einrichtungen
- 412 7. Queere Jugendarbeit - Empowerment und Diskriminierungsschutz für eine  
413 demokratische Gesellschaft

414 Geschlechtliche und sexuelle Vielfalt sind gesellschaftliche Realität. Gleichwohl  
415 sind Jugendliche, die nicht der heterosexuellen, der cis- oder binärgeschlechtlichen  
416 Mehrheitsnorm entsprechen, (in Zeiten wachsenden Rechtspopulismus auch zunehmend) mit  
417 zahlreichen Diskriminierungen oder Gewalt konfrontiert. Dies gilt auch für  
418 Einrichtungen, die Jugendliche eigentlich in ihrem Aufwachsen unterstützen sollen.  
419 Jugendarbeit muss daher ihre Rolle kritisch reflektieren und Vielfalt umfassend  
420 unterstützen, damit sie starke, selbstbewusste und selbstbestimmte Jugendliche  
421 fördert. Nur so kann sie einen wichtigen Beitrag für die Demokratisierung und  
422 Anerkennung von Differenz leisten.

423 Dabei gilt: Jugendarbeit ist Teil öffentlicher Daseinsvorsorge und hat den Auftrag,  
424 Angebote für alle Jugendlichen zu entwickeln und umzusetzen. Daher bedarf es neben  
425 der Weiterbildung und Sensibilisierung von Fachkräften spezieller Angebote für  
426 LSBTIQ\*-Personen. Diese schaffen Begegnungsmöglichkeiten und tragen zur psychischen  
427 Stabilisierung bei betroffenen Kindern und Jugendlichen bei.

428 Obwohl es in einigen Großstädten bereits queere Jugendzentren und -angebote gibt,  
429 sind diese für viele LSBTIQ\*-Jugendliche nicht oder nur schwer erreichbar. Ziel  
430 queerer Jugendpolitik muss es sein, ein flächendeckendes Angebot zu entwickeln, so  
431 dass jede\*r Jugendliche unabhängig vom Einkommen und Wohnort die Möglichkeit besitzt,  
432 einen queeren Jugendtreff innerhalb von einer Stunde zu erreichen. Dies lässt sich  
433 dadurch ermöglichen, dass queere Angebote in bestehender Jugendarbeit integriert

434 werden. Gerade im ländlichen Raum bedarf es aufsuchender mobiler Angebote.

435 Die Politik hat dafür Sorge zu tragen, dass queere Jugendarbeit hinreichend

436 finanziert wird.

437 Wir fordern deshalb:

438 • Flächendeckende Angebote für LSBTIQ\*-Jugendliche, Erreichbarkeit innerhalb von  
439 einer Stunde

440 • Weiterbildung und Sensibilisierung von Fachkräften

441 • Beratungsangebote für LSBTIQ\*-Jugendliche

442 • Kommunale und Landesförderung von LSBTIQ\*-Jugendangeboten

443 • Förderung von Fachstellen und Netzwerken von LSBTIQ\*-Jugendangeboten □

444 8. Für gleichwertige Lebensbedingungen in Stadt und auf dem Land! Stadt-Land-Gefälle

445 Mit Ausnahme des Umlandes von Großstädten und Ballungszentren erlebt Deutschland

446 einen massiven Wegzug junger und gut ausgebildeter Menschen aus den ländlichen

447 Räumen. Diese Landflucht hat nicht nur zur Folge, dass ältere und weniger mobile

448 Menschen zurückbleiben, sie geht auch mit einem Rückbau sozialer Infrastruktur

449 einher. Schulen werden mangels Kinder geschlossen, Arztpraxen, Bankfilialen,

450 Supermärkte und andere öffentliche Einrichtungen verschwinden. Der Bus oder Zug in

451 die nächstgrößere Stadt hält seltener oder verschwindet.

452 LSBTIQ\*-Jugendliche im ländlichen Raum haben kaum Kontakt zu anderen queeren

453 Altersgenoss\*innen. Beratungsangebote, Safe Spaces und andere Einrichtungen der

454 LSBTIQ\*-Community sind nur schwer oder gar nicht erreichbar. Die Anerkennung und

455 Sichtbarkeit von queeren Lebensrealitäten bilden im ländlichen Raum noch immer ein

456 Problem; nicht selten wird das Elternhaus oder das soziale Umfeld auf dem Dorf als

457 einschränkend, wenn nicht gar als Bedrohung erlebt, wenn dieses einem Coming-Out

458 nicht positiv gegenübersteht.

459 Für ältere LSBTIQ\*-Personen kann das Leben auf dem Land, ohne Kontakt zu Menschen mit

460 ähnlichen Lebens- und Diskriminierungserfahrungen, zu Einsamkeit führen.

461 Einrichtungen der Tagespflege oder Seniorentreffs sind, wenn vorhanden, nicht auf die

462 Bedürfnisse queerer Senior\*innen eingestellt. Der Verlust der Mobilität schneidet die

463 Betroffenen von queerer Infrastruktur in nahegelegenen Großstädten oder

464 Ballungsräumen ab und schränkt die sozialen Kontakte ein.

465 Eine gute Sozialpolitik, welche die Lebensqualität und soziale Teilhabe in den

466 ländlichen Räumen erhalten und ausbauen möchte, muss die Bedürfnisse queerer Menschen

467 jeden Alters mitdenken.

468 Wir fordern deshalb:

469 • Schaffung von mobilen Beratungsangeboten für LSBTIQ\* im ländlichen Raum

470 • Bessere Anbindung an den ÖPNV und Entwicklung alternativer Konzepte wie dem

471 RufBus

472 • Sensibilisierung und Weiterbildung von Pflegepersonal im Bereich der

473 geschlechter- und kultursensiblen Pflege

474 • Förderung queerer Wohnprojekte, speziell im ländlichen Raum

475 9. Für eine umfassende selbstbestimmte Gesundheitsversorgung ohne Pathologisierung

476 Neben dem Verbot und der strafrechtlichen Verfolgung, insbesondere von schwulen und

477 bisexuellen Männern, gehört die Pathologisierung von queeren Körpern und Lebensweisen

478 zu den einschneidenden Gewalterfahrungen von LSBTIQ\*-Personen. Das zeigt schon der

479 Begriff 'queer', der vor seiner politischen Aneignung all das bezeichnete, was als  
480 'abnormal', 'abweichend', 'deformiert' galt. Die Medizin und insbesondere die  
481 Psychiatrie haben wesentlich dazu beigetragen, dass Schwule, Lesben, Bisexuelle,  
482 trans- unter intergeschlechtliche Menschen als 'krank' betrachtet wurden und bis  
483 heute noch werden. So wurde Homosexualität erst Ende der 1980er, Anfang der 1990er  
484 von den psychiatrischen Indikationslisten (DSM/ICD) gestrichen. Transsexualität wurde  
485 erst im Jahr 2019 von der Liste psychiatrischer Krankheiten entfernt. Währenddessen  
486 durften bis zum Verbot von Konversionsbehandlungen Menschen davon überzeugt werden,  
487 dass sie krank seien und Heilung benötigten. Transgeschlechtliche Menschen müssen  
488 sich weiterhin monate- bis jahrelang einer psychologischen/psychiatrischen Behandlung  
489 unterziehen und sind dabei von der Gunst ihrer Therapeut/-innen und psychiatrischen  
490 Gutachter/-innen abhängig, um Zugang zu geschlechtsangleichenden Maßnahmen zu  
491 erlangen. Noch immer werden Genitaloperationen an intergeschlechtlichen Kleinkindern  
492 durchgeführt, obwohl diese medizinisch nicht notwendig sind - zum Teil mit  
493 gravierenden gesundheitlichen Folgen. Das zeigt: Von einem selbstbestimmten Umgang  
494 mit dem eigenen Geschlecht und dem eigenen Körper sind wir in Deutschland noch  
495 meilenweit entfernt.

496 Zugleich sind es gerade LSBTIQ\*-Personen, die auf eine umfassende  
497 Gesundheitsversorgung und psychologische Unterstützung angewiesen sind. Denn rigide  
498 Geschlechtervorstellungen, Vorurteile gegenüber oder die Ablehnung von sexueller und  
499 geschlechtlicher Vielfalt sowie Gewalt an LSBTIQ\*-Personen nehmen zu. Nicht selten  
500 leiden LSBTIQ\*-Personen überdurchschnittlich häufig an psychischen Problemen, haben  
501 mit Sucht zu kämpfen oder können nicht mit Mediziner\*innen ihres Vertrauens über ihre  
502 Bedürfnisse und Erfahrungen sprechen. Denn auch im medizinischen Betrieb sitzt die  
503 Vorstellung, Queersein sei nicht normal und nicht gewünscht, noch tief: Noch immer  
504 dürfen schwule und bisexuelle Männer kein Blut spenden, noch immer bleiben nicht-  
505 binäre Menschen außen vor und haben formal keinen Zugang zu geschlechtsangleichenden  
506 Maßnahmen und noch immer werden intergeschlechtliche Kinder operiert. Das zeigt: Es  
507 fehlt an der nötigen Sensibilisierung von medizinischem und therapeutischem Personal  
508 und den institutionellen Strukturen, die der Diskriminierung entgegenarbeiten.

509 Die Gesundheitsversorgung muss insgesamt ausgebaut und um die spezifischen  
510 Bedürfnisse von LSBTIQ\*-Personen erweitert werden. Dazu gehört die flächendeckende  
511 Aufklärung, Beratung und Versorgung im Hinblick auf sexuelle Gesundheit (z. B. bei  
512 STIs, auch über HIV/PreP hinaus), geschlechtsangleichenden Eingriffen und Maßnahmen  
513 sowie psychischen und Suchtproblematiken. Der Zugang zu einer guten  
514 Gesundheitsversorgung muss dabei nicht von einer pathologisierenden Diagnose abhängig  
515 sein. Das erfordert, gesetzliche Grundlagen im Sozialrecht zu ändern und die  
516 Selbstbestimmungsrechte der Patient\*innen, auch gegenüber den Behandler\*innen und den  
517 Krankenkassen, zu stärken.

518 Wir fordern deshalb:

- 519 • Eine umfassende Gesundheitsversorgung ohne Zusatzkosten im Sinne einer
- 520 Bürger\*innenversicherung einschließlich der Abschaffung der privaten
- 521 Krankenversicherung, um so allen Zugang zu Maßnahmen des Gesundheitssystems zu
- 522 gewähren

- 523 • Die verpflichtende Sensibilisierung von medizinischem und therapeutischem
- 524 Personal für LSBTIQ\*-Körper und Lebensweisen
- 525 • Die flächendeckende Versorgung mit Fachärzt\*innen und Therapeut\*innen
- 526 • Die Stärkung von Patient\*innenrechten und Schwächung der gatekeeper-Position von
- 527 Ärzt\*innen und Therapeut\*innen, auch gegenüber den Krankenkassen
- 528 • Die flächendeckende Aufklärung und Versorgung bei STIs, auch über HIV/PreP
- 529 hinaus; ein-schließlich Sonderregelungen bei Impfungen, bspw. HPV, weil hier für
- 530 LSBTIQ\*-Personen eine besondere Schwierigkeit und Dringlichkeit liegt, wenn sich
- 531 diese aufgrund fehlender Sensibilität für queere Körper und Lebensweisen nicht
- 532 untersuchen lassen (können)
- 533 • Flächendeckende Aufklärung und Versorgung bei Suchtproblematiken
- 534 • Anpassung des Blutspendeverbots für Männer, die Sex mit Männern haben zu einer
- 535 Blutspendeverordnung, die das eigene Risikoverhalten bewertet
- 536 • Anpassung der medizinischen Richtlinien zur Behandlung von trans\*-Personen,
- 537 konkret: die Aufhebung langer Wartezeiten (6 Monate Hormontherapie, 18 Monate
- 538 geschlechtsangleichende OPs), die Aufhebung einer festgelegten Reihenfolge
- 539 medizinischer Schritte (Hormontherapie als Pflicht) sowie die Anerkennung und
- 540 Behandlung von nicht-binären Perso-nen gemäß ihren Bedürfnissen.
- 541 • Verbot von geschlechterverändernden, medizinisch nicht notwendigen Operationen
- 542 an Kindern - diese dürfen nur nach Einwilligung der betroffenen Patient\*innen
- 543 erfolgen □

#### 544 10. Queere (Alltags-)Kultur stärken: Für mehr Sichtbarkeit und Teilhabe

545 Die SPDqueer steht für eine demokratische Kulturpolitik des Miteinanders, der  
546 Solidarität, der Vielfalt, des Respekts und der Teilhabe. Kunst und Kultur spiegeln  
547 unsere Gesellschaft in ihrer Vielfalt wider und dürfen kein Luxusgut für Wenige sein.  
548 Gerade unsere Alltagskultur ist heteronormativ dominiert. Das beginnt mit den  
549 Fantasiewelten, die in Kinderbüchern oder -filmen gezeigt werden, geht über  
550 Lehrmaterialien in der Schule bis hin zu allgegenwärtiger Werbung, in der das  
551 romantische Glück von Heteropaaren inszeniert wird. Queere Alltagskultur erfährt  
552 dabei kaum bis gar keine Sichtbarkeit.

553 Diese fehlende Sichtbarkeit steht in keinem Verhältnis zum realen Bevölkerungsanteil  
554 von LSBTIQ\*-Personen in Deutschland. Studien zufolge leben in der BRD mindestens 6,2  
555 Millionen LSBTIQ\*-Personen (etwa die Bevölkerung von Hessen). Daher müssen Kultur-  
556 und Bildungseinrichtungen der öffentlichen Daseinsvorsorge queere Themen aufgreifen  
557 und sichtbar machen. Als SPDqueer wirken wir auf kommunaler Ebene darauf hin, dass  
558 Bibliotheken, Theater oder Volkshochschulen im angemessenen Umfang queere Themen und  
559 LSBTIQ\*-Lebenswelten repräsentieren. Darüber hinaus setzt sich die SPDqueer dafür  
560 ein, dass LSBTIQ\*-Personen in allen Rundfunk-, Fernseh- und Hörfunkräten vertreten  
561 sind, um hier ein öffentlich-rechtliches Medienangebot zu fördern und  
562 sicherzustellen. Beides ermöglicht eine einkommens- und wohnortsunabhängige Teilhabe  
563 am sozialen LSBTIQ\*-Leben und zeigt auf, dass vielfältige queere Lebensentwürfe  
564 selbstverständlich gelebt werden können.

565 Zu queerer Kultur und queerer Alltagskultur tragen auch die Aktivitäten zahlreicher  
566 Initiativen und Vereine - insbesondere CSD-Veranstalter\*innen, queere Zentren und  
567 Netzwerke - bei. Diese werben nicht nur für Akzeptanz und Vielfalt, sondern tragen



568 zur Ausbildung von LSBTIQ\*-Identitäten bei. Sie müssen daher in ihrer Arbeit  
569 unterstützt und gefördert werden.

570 Wir fordern deshalb:

- 571 • Teilhabe am queeren Leben zu ermöglichen und queere Themen in kommunale Kultur-  
572 und Bildungseinrichtungen in ganz Deutschland aufzunehmen
- 573 • Förderung von CSD als Teil des queeren Kulturangebots
- 574 • Vertretung von LSBTIQ\*-Personen in allen Rundfunk-, Fernseh- und Hörfunkräten
- 575 • Förderung von Sichtbarkeit von LSBTIQ\*-Personen im öffentlichen Raum (z.B.  
576 gleichgeschlechtliche Ampelpaare, Regenbogen-Zebrastrifen, Benennung von Straßen und  
577 Plätzen etc.)
- 578 • Aufarbeitung und Dokumentation der queeren Bewegung, insbesondere des §175 StGB  
579 (BRD) bzw. §151 StGB (DDR)

580 11. Weitere Fortschritte erkämpfen und Erreichtes sichern

581 Fortschritte bei der Akzeptanz und der rechtlichen Gleichstellung von LSBTIQ\*-  
582 Personen mussten in den zurückliegenden Jahrzehnten stets erkämpft werden. Dabei  
583 stießen Aktivist\*innen auf den Widerstand von konservativen Kräften in der  
584 Gesellschaft. Auch progressive Kräfte haben lange Zeit queerer Politik wenig  
585 Aufmerksamkeit und Bedeutung beigemessen. Daher konnten wesentliche Erfolge erst in  
586 den zurückliegenden Jahren erstritten werden. Dabei war es die LSBTIQ\*-Community, die  
587 es geschafft hat, Verbündete zu gewinnen und Verbesserungen herbeizuführen.

588 Durch das Erstarken einer neuen Rechten Bewegung hat sich der Kampf für Akzeptanz und  
589 Gleichstellung grundlegend verändert. Blockierte bis dato das konservative Lager  
590 lediglich den Fortschritt und akzeptierte erreichte Entwicklungen, so gibt es nun  
591 Kräfte, die das Rad der Geschichte aktiv zurückdrehen wollen. Mit der AfD hat diese  
592 Bewegung eine politische Vertretung in den Parlamenten, die offen antiequeer auftritt.

593 Die queere Emanzipationsbewegung ist damit nicht länger in der Offensive, sondern  
594 muss Erfolge und Strukturen verteidigen.

595 Es braucht daher Maßnahmen, um LSBTIQ\*-Rechte und queere Community-Strukturen  
596 nachhaltig zu sichern.

597 Wir fordern deshalb:

- 598 • Ergänzung des Artikel 3 GG um die Merkmale geschlechtliche und sexuelle  
599 Identität
- 600 • Einen aktiven Milieuschutz von queeren Szene-Quartieren
- 601 • Verlängerung von Förderzeiträumen
- 602 • Verstärkte Regelförderung von queeren Strukturen und etablierten Projekten
- 603 • Stärkung von queeren Stiftungen und Ausstattung dieser mit zusätzlichem Kapital,  
604 um eine stärkere Unabhängigkeit von parlamentarischen Mehrheiten erreichen. Dies  
605 gilt insbesondere für die Hannchen-Mehrzweck-Stiftung, die Hirschfeld-Eddy-Stiftung,  
606 die Stiftung Akademie Waldschlösschen, die Bundesstiftung Magnus Hirschfeld, die  
607 ARCUS-Stiftung, die Filia Frauenstiftung, die Münchner Regenbogen-Stiftung, PROUT AT  
608 WORK, Bunttes Leben Stiften sowie die Sappho Stiftung.

Empfänger\*in(nen): *SPD-Bundesparteitag, SPD-Bundestagsfraktion*

## Antrag A001: Benennung des § 1592 BGB ändern

Antragsteller*in:	Landesverband Brandenburg
Beschluss:	erledigt durch Annahme Antrag 22

- 1 Die SPD-Bundestagsfraktion wird aufgefordert, sich an den zuständigen Stellen dafür
- 2 einzusetzen den § 1592 BGB (Vaterschaft) um den § 1592a Elternschaft zu erweitern.

Empfänger\*in(nen):

*SPD-Bundestagsfraktion*

## Antrag A002: Stopp der Diskriminierung von LSBTTIQ\*-Menschen in Polen

Antragsteller*in:	Landesverband Brandenburg
Beschluss:	erledigt durch Annahme Antrag 29

- 1 Die SPD-Bundestagsfraktion und die Bundesregierung werden aufgefordert, sich
- 2 schriftlich gegen die derzeitige Diskriminierung von LSBTTIQ\*-Menschen in Polen zu
- 3 positionieren und sich für eine Politik der Akzeptanz, auch von LSBTTIQ\*-Menschen, in
- 4 Polen einzusetzen.

Empfänger\*in(nen):

*SPD-Bundestagsfraktion, Bundesregierung*

## Antrag A003: Ungleichbehandlung abschaffen -Abstammungsrecht endlich reformieren

Antragsteller*in:	Landesverband Brandenburg
Beschluss:	erledigt durch Annahme Anträge 9, 14 und 22

- 1 Die sozialdemokratischen Mitglieder der Bundesregierung und die Bundestagsfraktion
- 2 werden aufgefordert, das Abstammungsrecht dahingehend zu ändern, dass die für in
- 3 heterosexuellen Ehen geborenen Kinder geltenden Abstammungsregelungen gleichermaßen
- 4 für die in gleichgeschlechtlichen Ehen geborenen Kinder gelten. Kein Kind darf wegen
- 5 seiner Familienform benachteiligt sein. Mutter und Co-Mutter sind von Geburt an
- 6 gleichberechtigte Eltern ihres Kindes.

Empfänger\*in(nen): *SPD-Bundestagsfraktion, Mitglieder der Bundesregierung*

## Antrag A004: Diskriminierung bei der Blutspende beenden - jetzt!

Antragsteller*in:	Unterbezirk Düsseldorf
Beschluss:	erledigt durch Beschlusslage

- 1 Die SPD-Bundestagsfraktion möge sich erneut zur Thematik „Ausschluss von homo- bi-
- 2 und transsexuellen Personen von der Blutspende“ beraten, die diskriminierende
- 3 Behandlung der genannten Personengruppen in Bezug auf Blutspende beenden und hierzu
- 4 die Richtlinie zur Blutspende sowie Gesetz zur Regelung des Transfusionswesens
- 5 anpassen. Die im Rahmen des Gesetzgebungsverfahrens notwendigen Maßnahmen sollen
- 6 hierfür eingeleitet und durchgeführt werden und die Kompetenz über den Ausschluss von
- 7 risikobehafteten Personengruppen dem Deutschen Bundestag übertragen werden. Die Frage
- 8 nach der sexuellen Orientierung soll gestrichen werden und durch Fragen zum
- 9 individuellen Sexualverhalten ersetzt werden. Hierbei soll ein Inkubationszeitraum
- 10 von mind. 8 Wochen berücksichtigt werden.

Empfänger\*in(nen):

*SPD-Bundestagsfraktion*

## Antrag A005: Sichtbarkeit von LSBTIQ\* durch Benennung von Straßen und Plätzen

Antragsteller*in:	Landesverband Nordrhein-Westfalen
Beschluss:	angenommen

- 1 Der SPDqueer Bundesvorstand wird beauftragt eine Liste von lesbischen, schwulen,
- 2 bisexuellen sowie trans\*, inter\* oder anderen queeren Persönlichkeiten zu erstellen,
- 3 die geeignet sind, dass nach ihnen Straßen und Plätze benannt werden. Diese Liste
- 4 soll dem SPD-Parteivorstand und den Gliederungen zur Verfügung gestellt werden. So
- 5 kann auf kommunaler Ebene eine Benennung von Straßen und Plätzen nach LSBTIQ\*
- 6 angeregt und gefördert werden.

Empfänger\*in(nen): *SPDqueer Bundesvorstand*

## Antrag A006: Charta der Vielfalt unterzeichnen

Antragsteller*in:	Landesverband Nordrhein-Westfalen
Beschluss:	angenommen

- 1 Der SPDqueer Bundesvorstand wird beauftragt für die Arbeitsgemeinschaft SPDqueer die
- 2 „Charta der Vielfalt“ zu unterzeichnen. Darüber hinaus wird die SPD
- 3 Bundestagsfraktion und der SPD-Parteivorstand aufgefordert, die Charta der Vielfalt
- 4 zu unterzeichnen. Weitere Gliederungen können zudem entscheiden, ob sie dem Beispiel
- 5 folgen.

Empfänger\*in(nen): *SPD-Bundestagsfraktion, SPD-Parteivorstand*

## Antrag A007: Änderung der AG-Richtlinien - Bundeskonferenz wieder zweitägig durchführen

Antragsteller*in:	Landesverband Nordrhein-Westfalen
Beschluss:	angenommen

- 1 Die Grundsätze und Richtlinie für die Tätigkeiten der Arbeitsgemeinschaften in der
- 2 SPD gemäß § 10 des Organisationsstatuts der SPD, beschlossen durch den Parteivorstand
- 3 am 8. Juni 2020, werden wie folgt geändert:
- 4 4 a) cc) „Die Bundeskonferenz findet alle zwei Jahre zweitägig statt. Tagungsort ist
- 5 das Willy-Brandt-Haus in Berlin oder ein anderer Ort Deutschland, an dem eine
- 6 Durchführung der Bundeskonferenz zu gleichen oder geringeren Kosten als im Willy-
- 7 Brandt-Haus in Berlin durchgeführt wird. Die Bundeskonferenz wird vom Bundesvorstand
- 8 im Einvernehmen mit dem Parteivorstand unter Angabe der Tagesordnung und der auf die
- 9 Bezirke entfallenden Delegierten spätestens drei Monate vorher einberufen.
- 10 Antragsberechtigt zur Bundeskonferenz sind die Bezirke und Landesverbände, die
- 11 Unterbezirke sowie der Bundesvorstand.“

Empfänger\*in(nen): *SPD-Parteivorstand, SPD-Bundesparteitag*

## Antrag A008: Neuer Delegiertenschlüssel Bundeskonferenz (BuKo) und des Bundesausschusses (BA)

Antragsteller*in:	Landesverband Berlin
Beschluss:	abgelehnt

- 1 Der Bundeskonferenz der SPDqueer möge eine intensive Diskussion über die Anpassung
- 2 des Delegiertenschlüssels entsprechend der Mitgliederanzahl der jeweiligen
- 3 Arbeitsgemeinschaften der einzelnen Bundesländer führen.
- 4 Eine Lösung zur Anpassung des Delegiertenschlüssels (BuKo und BA) entsprechend der
- 5 Mitgliederanzahl der jeweiligen Arbeitsgemeinschaften der einzelnen Bundesländer soll
- 6 bis zur nächsten Bundeskonferenz vorgelegt werden.
- 7 Berichterstattung im Bundesausschuss sollte regelmäßig stattfinden.

## Antrag A009: Familie ist da, wo Menschen Verantwortung füreinander übernehmen: Familienvielfalt anerkennen, alle Familien unterstützen!

Antragsteller*in:	Landesverband Berlin
Beschluss:	angenommen

- 1 Wir fordern, dass Familien- und Lebensgemeinschaften, die außerhalb einer Ehe
- 2 Verantwortung füreinander übernehmen, besser anerkannt und gefördert werden. Dafür
- 3 wollen wir eine „Familien- und Lebensgemeinschaft“ im Bürgerlichen Gesetzbuch
- 4 gesetzlich verankern.
- 5 Wir fordern, dass, die gesetzlich festgelegten Rechte und Pflichten der Ehe sowie
- 6 alle Begünstigungen des Staates der Rechtsform Ehe gegenüber - vor allem im Steuer-,
- 7 Erb-, Aufenthalts- und Familienrecht - allen volljährigen Menschen zugänglich zu
- 8 machen, die eine Familien- und Lebensgemeinschaft eingehen.
- 9 Wir fordern, dass die Familien- und Lebensgemeinschaft nicht auf zwei Personen
- 10 beschränkt ist und keine Festlegung des Geschlechts verlangt. Die Familien- und
- 11 Lebensgemeinschaft ist rechtlich bindend und auf Dauer angelegt. Sie basiert auf
- 12 einem familiären Verantwortungsverhältnis zueinander, das durch ein besonderes Maß an
- 13 gegenseitiger Unterstützung und Fürsorge geprägt ist.

Empfänger\*in(nen): *SPD Bundesparteitag*

## Antrag A010: Angebote und Anlaufstellen für Eltern von LSBTIQ\* Kindern und Jugendlichen rund um Sexualität, sexuelle Orientierung und Geschlecht bundesweit auf- und ausbauen

Antragsteller*in:	Unterbezirk Krefeld
Beschluss:	angenommen

- 1 Die SPD-Bundestagsfraktion und die SPD-Fraktionen der Länder setzen sich im Rahmen  
2 ihrer Arbeit für die LSBTIQ\* Community dafür ein, den Aufbau und Ausbau  
3 professioneller Beratungsstrukturen rund um die Themen Sexualität, sexuelle  
4 Orientierung und Geschlecht für Familienangehörige und insbesondere Eltern von  
5 LSBTIQ\* Kindern und Jugendlichen weiter voran zu treiben und in den jeweiligen  
6 Aktionsplänen zu etablieren.  
7 Diese Strukturen sollen in den Bundesländern an die vorhandenen Stellen angliedert  
8 und durch entsprechende Erhöhungen der Haushaltsmittel und Personalstellen gefördert  
9 werden.

10

Empfänger\*in(nen): *SPD-Bundestagsfraktion, SPD-Landtagsfraktionen*

## Antrag A011: Resolution zur Situation in Polen und Ungarn: „LSBTIQ\*-Rechte sind Menschenrechte!“

Antragsteller*in:	Landesverband Nordrhein-Westfalen
Beschluss:	angenommen

- 1 In südosteuropäischen Staaten wurden lsbtq\* Personen durch neue Gesetze vor  
2 Diskriminierung geschützt. Diese Erfolge wurden maßgeblich von mutigen  
3 zivilgesellschaftlichen Aktivist\*innen erstritten. Dem gegenüber steht eine deutliche  
4 Verschlechterung der Situation von LSBTIQ\* in den EU-Mitgliedsstaaten Polen und  
5 Ungarn.  
6 So nehmen wir mit großer Sorge zur Kenntnis, dass bereits rund 100 Gemeinden, Kreise  
7 und Provinzen als „Zonen frei von LGBT-Ideologie“ erklärten. Dieses deutliche Zeichen  
8 von Ausgrenzung und Ablehnung gegenüber LSBTIQ\* ist mit den Werten der Europäischen  
9 Union nicht vereinbar. Die sogenannten „LGBT-freien Zonen“ sind dabei nur die  
10 vorläufige letzte Stufe einer immer stärker ausgeprägten Diskriminierung von LSBTIQ\*  
11 in Polen. Voran getrieben wie sie durch die rechtspopulistische und  
12 rechtskonservative polnische Regierung und die sie tragende PiS-Partei. Dabei  
13 erlangen eine LGBTIQ\*-feindliche Rhetorik und das Heraufbeschwören einer Bedrohung  
14 durch eine angebliche „LGBT-Ideologie“ zunehmend an Schärfe. LSBTIQ\* werden als  
15 unchristlich böse, unpatriotisch sowie unpolnisch gebrandmarkt. LSBTIQ\* werden zudem  
16 mit Pädophile gleichgesetzt und der Mythos von der „Verführung“ von Kindern wird

17 wieder aus dem demagogischen Giftschrack hervorgeholt. Auch die Medien, sowohl  
18 private als öffentlich-rechtliche, schüren zunehmend Ressentiments und Vorurteile  
19 gegen LSBTIQ\*. Insgesamt wird ein Klima von Hass und Gewalt etabliert.

20 Hass und Gewalt sowie Ablehnung und Diskriminierung gegenüber LSBTIQ\* sind auch in  
21 Ungarn allgegenwärtig. Hier kulminiert das Anti-LSBTIQ\*-Handeln der Regierung in dem  
22 Verbot der rechtlichen Anerkennung des Geschlechts von trans\* Menschen.

23 Als SPDqueer verurteilen wir Aushöhlung freiheitlichen Grund- und Bürgerrechte in  
24 Ungarn und Polen scharf. Darüber hinaus sind wir in tiefer Sorge über die zunehmende  
25 Zahl von LSBTIQ\*-feindlichen Angriffen sowie die Akzeptanz diskriminierenden  
26 Verhaltens gegenüber LSBTIQ\* auf staatlicher Ebene.

27 Wir fordern alle Stellen auf nationaler, regionaler oder lokaler Ebene auf, der  
28 LSBTIQ\*-Feindlichkeit in Polen und Ungarn entgegen zu wirken und die Grundrechte und  
29 -freiheiten aller Bürger\*innen zu schützen!

30 Mit Blick auf Polen, begrüßen wir, dass der polnische Obmann für Menschen- und  
31 Bürgerrechte, Adam Bodnar, „LGBT-freie Zonen“ als Bruch der polnischen Verfassung  
32 bewertet und deren Aufhebung der auf dem Verwaltungsgerichtsweg erwirken will.

33 Wir fordern dazu auf, dass sich insbesondere Politiker\*innen auf allen Eben für die  
34 Rechte von LSBTIQ\* einsetzen und hierfür mit zivilgesellschaftliche Organisationen  
35 aus Polen, Ungarn und Deutschland zusammenarbeiten. Ein Abbruch der gewachsenen  
36 Kontakte oder eine einseitige Aufkündigung von (Städte)Partnerschaften stellt in  
37 unseren Augen kein geeignetes Mittel dar. Es bedarf vielmehr eines bürgernahen  
38 Austausches zwischen den Zivilgesellschaften unter Beteiligung einschlägiger  
39 Interessenträger der LSBTIQ\*-Communities.

40 Wir heben dabei hervor, dass LSBTIQ\*-Rechte gemeinsame national und europäisch  
41 verankerte Grundrechte sind. Diese gilt die es zu schützen. Jede Art von  
42 Diskriminierung und Beugung von Grundrechten ist zu verurteilen. Nationalstaatliche  
43 oder kommunale Entschliefungen, in denen die LSBTIQ\*-Rechte relativiert, in Frage  
44 gestellt oder beschnitten werden, müssen im werden Sinne des Rechtsstaatsprinzips und  
45 eines gleichberechtigten Miteinanders aufgehoben werden. Fälle von Hetze sind  
46 konsequent aufzuklären. (Hass-)Verbrechen müssen unter Einhaltung aller  
47 rechtsstaatlichen Prinzipien konsequent zu verfolgen werden.

48 LSBTIQ\*-Rechte sind Menschenrechte! Als solches sind sie weder exklusiv noch  
49 verhandelbar!

**Empfänger\*in(nen):**

*SPD-Bundesvorstand, Mandatsträger\*innen der SPD*

## **Antrag A012: Queerpolitische Sprecher\*innen in allenLandtagsfraktionen**

Antragsteller*in:	Landesverband Sachsen
Beschluss:	angenommen

- 1 Alle SPD-Fraktionen in den deutschen Landtagen werden dazu aufgefordert,
- 2 queerpolitische Sprecher\*innen zu benennen.

**Empfänger\*in(nen):** *SPD-Landtagsfraktionen*



## Antrag A013: Regelmäßige Treffen der queerpolitischen Fachsprecher\*innen der SPD-Bundestags- und Landtagsfraktionen

Antragsteller*in:	Bundesausschuss
Beschluss:	angenommen

- 1 Die queerpolitischen Sprecher\*innen der SPD-Bundestagsfraktion und der SPD-
- 2 Landtagsfraktionen werden dazu aufgefordert, regelmäßige Treffen der
- 3 Fachsprecher\*innen durchzuführen, um queerpolitische Themen zwischen dem Bund und den
- 4 Ländern besser zu koordinieren und gemeinsame politische Initiativen zu planen und
- 5 durchzuführen.

### Empfänger\*in(nen):

*queerpolitische Sprecher\*innen der SPD-Bundestagsfraktion und der SPD-Landtagsfraktionen*

## Antrag A014: Regenbogenfamilien rechtlich anerkennen!

Antragsteller*in:	Landesverband Sachsen
Beschluss:	angenommen in geänderter Fassung

- 1 Regenbogenfamilien in Deutschland sind gesellschaftliche Realität. Nichtsdestotrotz
- 2 werden sie gegenüber heterosexuellen cisgeschlechtlichen Lebensentwürfen noch immer
- 3 schlechter gestellt, mit zum Teil gravierenden Folgen für die Kinder und
- 4 Jugendlichen, die in diesen Familien aufwachsen.
- 5 Wir fordern deshalb:
- 6 1. Die automatische Anerkennung der Elternschaft in Zwei-Mütter-Familien
- 7 Anders als in heterosexuellen Ehen werden die Partnerinnen in lesbischen Ehen nicht
- 8 automatisch als Mitmutter anerkannt und müssen das Sorgerecht für das gemeinsame Kind
- 9 über die Stiefkindadoption erwirken. Wir fordern daher die automatische Anerkennung
- 10 der Elternschaft. Lebt das Paar nicht in einer Ehe, so soll - analog der
- 11 Vaterschaftsanerkennung und Sorgerechtserklärung - auch für Zwei-Mütter-Familien eine
- 12 entsprechende Regelung für den Fall geschaffen werden,
- 13
- 14 2. Die Anerkennung der rechtlichen Partnerschaft des Lebenspartners des leiblichen
- 15 Vaters in einer Zwei-Väter-Ursprungsfamilie.
- 16 Durch Elternschaftsvereinbarungen vor der Zeugung sollen der Vater und sein
- 17 Lebenspartner die rechtlichen Eltern werden können, wenn die leibliche Mutter auf die
- 18 Verwandtschaftsbeziehung verzichtet. In diesem Fall soll der Ehemann des leiblichen

19 Vaters von Geburt an rechtlicher Vater sein können, ohne dass es einer  
20 Stiefkindadoption bedarf.

21 3. Die Zulassung der altruistischen Eizellspende in Deutschland.

22 In zahlreichen Ländern ist die Eizellspende bereits erlaubt. Das Verbot in  
23 Deutschland ist eine Geschlechtsdiskriminierung der Frau. Das Recht, eine Eizelle zu  
24 Recht einer Lebendspende eines Organs. Untersagt wird so beispielsweise auch die  
25 Möglichkeit, Eizellen zur Austragung an den\*die Partner\*in zu spenden, wie es  
26 beispielsweise in der Partnerschaft zweier cisgeschlechtlicher Frauen denkbar wäre.  
27 Die Zulassung der Eizellspende wirkt zudem einem Reproduktionstourismus entgegen.

28 4. Die Embryospende sowie -adoption sollte allen Menschen unabhängig von  
29 Familienstand, sexueller Orientierung und geschlechtlicher Identität  
30 offenstehen, wenn sie medizinisch oder biologisch nicht dazu in der Lage sind,  
31 Kinder zu zeugen.

32 In Deutschland ist die Embryonenspende sowie -adoption nicht grundsätzlich verboten,  
33 um dem Embryo im Interesse seines Lebensschutzes die Übertragung auf eine andere Frau  
34 zu ermöglichen. Fortpflanzungsmedizinische Zentren haben daher ein Netzwerk zur  
35 Vermittlung von Embryonen an ungewollt kinderlose Paare geschaffen.

36 5. Assistierte Reproduktion soll allen Menschen unabhängig von Familienstand,  
37 sexueller Orientierung oder geschlechtlicher Identität offenstehen.

38 Bisher werden die Kosten nur für verheiratete Frauen übernommen, die  
39 empfängnisunfähig sind. Es darf nur der Samen des Ehemannes verwendet werden. Diese  
40 Beschränkung muss fallen und die Behandlung unabhängig vom Familienstand, der  
41 sexuellen Orientierung sowie der geschlechtlichen Identität eines Menschen  
42 offenstehen.

43 6. Die Ermöglichung von bis zu vier rechtlichen Elternteilen in einer Mehr-Eltern-  
44 Regenbogenfamilie durch eine Elternschaftsvereinbarung

45 Wir fordern die Schaffung eines verlässlichen Rechtsrahmens, der Mehr-Eltern-  
46 Regenbogenfamilien mit bis zu vier rechtlichen Eltern ermöglicht. Dabei soll es  
47 dieser Rechtsrahmen den Beteiligten ermöglichen, rechtsverbindliche Vereinbarungen  
48 vor der Zeugung eines gemeinsamen Kindes zu treffen. Geregelt werden muss dabei, dass  
49 dem Kind hierdurch keine sozialrechtlichen Nachteile erwachsen, wie sie  
50 beispielsweise durch die Verantwortungsübernahme gegenüber mehr als zwei Eltern im  
51 Alter entstehen könnten.

52 7. Eltern, deren Vorname oder Geschlecht geändert worden ist, sollen wählen können,  
53 welches Geschlecht und welcher Name in das Geburtenregister eingetragen wird.

54 Die elterlichen Bezeichnungen ‚Mutter‘ und ‚Vater‘ sind auf Wunsch entsprechend  
55 ebenfalls anzupassen. Für die Änderung des Vornamens und des rechtlichen Geschlechts  
56 soll der bloße Antrag der Betroffenen beim Standesamt genügen. Das  
57 Transsexuellengesetz ist entsprechend abzuschaffen, das Personenstandsgesetz ist  
58 grundsätzlich im Sinne eines geschlechtlichen Selbstbestimmungsgesetzes zu öffnen.

59 8. Die vollständige Kostenübernahme der Konservierung von Ei- und Samenzellen bei  
60 transgeschlechtlichen Personen mit Kinderwunsch.

61 Transgeschlechtliche Personen mussten sich nach dem Transsexuellengesetz bis 2011  
62 unfruchtbar machen lassen, um ihren Vornamen und Personenstand ändern zu können. Die

63 reproduktiven Rechte von transgeschlechtlichen Personen wurden so massiv verletzt.  
64 Dies ist wieder gutzumachen, indem ihre Reproduktionsrechte besonders unterstützt werden.  
65 So kann eine Kostenübernahme der Konservierung von Ei- und Samenzelle, auch  
66 in Verbindung mit der Zulassung der altruistischen Leihmutterschaft und der  
67 altruistischen Eizellenspende, dazu führen, dass transgeschlechtliche Personen auch  
68 dann noch Kinder bekommen können, wenn diese Möglichkeit durch  
69 geschlechtsangleichende Eingriffe nicht mehr besteht.  
70 9. Die rechtliche und soziale Situation von Regenbogenfamilien muss weiterhin  
71 wissenschaftlich erforscht und politisch evaluiert werden. Entsprechende  
72 Gutachten sollen von der Bundesregierung in Auftrag gegeben werden.

Empfänger\*in(nen): *SPD SPD-Bundesparteitag, SPD-Bundestagsfraktion*

## Antrag A015: Wissen ist Macht - für mehr verlässliche Europäische Studien im Kampf gegen Hass!

Antragsteller*in:	Landesverband Sachsen
Beschluss:	angenommen

1 Der Bundeskongress der SPDqueer möge beschließen, mit dem Ziel der Weiterleitung an  
2 die S&D-Fraktion im Parlament der Europäischen Union:  
3 Die zweite Umfrage zur Diskriminierung queerer Menschen der Agentur der Europäischen  
4 Union für Grundrechte (FRA) aus dem Jahr 2019 ist ein großer Schritt für das  
5 Voranschreiten weiterer queerfreundlicher Gesetzgebung und der Verhinderung  
6 Queerfeindlicher Gewalt. Sie zeigt leider aber auch auf, dass, wie der Name des  
7 Berichts suggeriert („A long way to go for LGBTI equality“) noch viel im Bereich der  
8 Gleichstellung und Antidiskriminierungsarbeit für queere Menschen zu tun ist, vor  
9 allem da seit der ersten Umfrage im Jahr 2012 sich für einige Gruppen queerer  
10 Menschen (vor allem trans-Menschen) und in einigen Situationen im allgemeinen (z.B.  
11 auf Arbeit) sich die Lage verschlimmert hat.  
12 Um diese Entwicklungen weiterhin zu beobachten und genauer zu analysieren fordert die  
13 SPDqueer, dass eine solche Umfrage mindestens alle zwei Jahre durchgeführt werden  
14 sollen. Zur Sicherstellung der Vergleichbarkeit der Daten sollen jeweils ähnliche  
15 Fragekataloge verwendet werden, die in Absprache mit Fachverbänden zum Thema queerer  
16 Rechte (z.B. ILGA Europe) gemeinsam entwickelt, und wenn und wo nötig angepasst  
17 werden. Alle erhobenen Daten sollen u.a. als maschinenlesbare Open Data zur Verfügung  
18 gestellt werden.  
19 Um über die rein situative Darstellungen der aktuellen Lage queerer Menschen hinaus  
20 auch die Ätiologie dieser Umstände ergründen zu können sollen in Kooperation mit  
21 Experten und Fachverbänden mindestens alle zwei Studienzyklen die Gründe der  
22 Veränderungen in der Lage queerer Menschen ergründet und dokumentiert werden. Dies  
23 soll die Schaffung klarer Policyansätze zur Bekämpfung von Queerphobie, sowohl durch  
24 Regierungs- und Nichtregierungsakteure, erleichtern.

Empfänger\*in(nen): *S&D-Fraktion im Parlament der Europäischen Union*

## Antrag A016: Lecktücher zugänglicher machen

Antragsteller*in:	Landesverband Hessen-Süd
Beschluss:	angenommen in geänderter Fassung

- 1 Als Lecktuch (auch dental dam) werden Latextücher oder spezielle Folien bezeichnet,  
2 die beim Oralverkehr über die Vulva oder den Anus des\*der Sexualpartner\*in gelegt  
3 werden, um sich vor der Übertragung von krankheitsauslösenden Keimen zu schützen.  
4 Kondome gibt es sowohl in der Apotheke als auch in Drogerien und Supermärkten. Oft  
5 verteilen wir sie auch im Wahlkampf, bei CSDs oder Infoständen der SPD. Es wird Zeit,  
6 dass wir auch Lecktücher dauerhaft in unser Repertoire (z.B. SPD-Shop u.a.)  
7 aufnehmen.
- 8 Daher fordern wir:
- 9 - Die Unterstützung der Initiative #LecktuchInDieLäden der Aktionsgruppe Lecktuch  
10 durch die SPDqueer und die SPD.
- 11 - Die SPDqueer und die SPD sollen sich dafür einsetzen, dass Lecktücher vermehrt in  
12 Drogerien und Apotheken erhältlich sein sollen. Auch hier müssen latexfreie  
13 Alternativen Angeboten werden.
- 14 - Lecktücher müssen bezahlbarer werden!
- 15 - Gleichzeitig soll die SPD eine Aufklärungskampagne dazu starten, in der die  
16 Wichtigkeit von Verhütungsmitteln bei Oralsex und die Gefahren von STDs deutlich  
17 gemacht wird.
- 18 - In Schulen soll im Sexualkundeunterricht das Lecktuch als Verhütungsmittel  
19 eingeführt und erklärt werden; dessen Wichtigkeit und Anwendung zum Schutze bei  
20 Oralverkehr soll deutlich gemacht werden. Denn Lecktücher sind kein Nischenprodukt  
21 für lesbischen oder schwulen Sex. Cunnilingus und Anilingus sind Sexualpraktiken, die  
22 sich nicht ausschließlich einer bestimmten Gruppe von Menschen zuordnen lassen.

Empfänger\*in(nen):

*SPD-Parteivorstand, SPD-Landes- und Bezirksvorstände*

## Antrag A017: Diskriminierung im Asylverfahren aufgrund der sexuellen Orientierung und geschlechtlichen Identität entschlossen bekämpfen

Antragsteller*in:	Landesverband Saarland
Beschluss:	angenommen in geänderter Fassung

- 1 Das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge soll in Zukunft Asylanträge aus Ländern
- 2 mit queerfeindlichem Hintergrund intensiver prüfen. Zudem soll hierfür entsprechend
- 3 geschultes Personal eingesetzt werden. Entwürdigende Methoden der Beweisaufklärung
- 4 sind verboten.
- 5 Die Bundesrepublik Deutschland soll in Zukunft keine LGBTQI\* Asylbewerber\*innen in
- 6 Staaten abschieben, die LGBTQI\* systematisch diskriminieren.
- 7 Deutschland soll sich auf Ebene des Europarats nachdrücklich für die Umsetzung
- 8 einschlägiger Urteile des EGMR einsetzen.

Empfänger\*in(nen): *SPD-Bundestagsfraktion, SPD-Bundesminister\*innen*

## Antrag A018: SPDqueer fordert eine Gleichstellung der Rechtsstellung verheirateter Frauen in einer gleichgeschlechtlichen Ehe

Antragsteller*in:	Landesverband Saarland
Beschluss:	erledigt durch Annahme Anträge 14 und 22

- 1 Wir fordern die Landesärztekammern auf, ihre Ansichten zur Insemination bei
- 2 lesbischen Paaren zu überdenken und flächendeckend die Richtlinie zur assistierten
- 3 Reproduktion zu überarbeiten, sodass Methoden wie die künstliche Befruchtung
- 4 (Insemination) bei alleinstehenden Frauen und bei Frauen in gleichgeschlechtlichen
- 5 Beziehungen ermöglicht werden.
- 6 Wir fordern den Bundestag auf, eine gesetzliche Regelung zu schaffen und die
- 7 sogenannte „Elternschaftsvermutung“ nach § 1592 BGB („Vater eines Kindes ist der
- 8 Mann, der zum Zeitpunkt der Geburt mit der Mutter des Kindes verheiratet ist“) auch
- 9 für den Fall, dass ein Kind in die Ehe zweier Frauen geboren wird, auszudehnen.
- 10 Auch nach der „Ehe für alle“ wird lesbischen verheirateten Paaren in den Ländern
- 11 weiterhin die Unterstützung bei der Erfüllung eines Kinderwunsches verwehrt.
- 12 In der 2006 von der Landesärztekammer erlassenen Richtlinie zur assistierten
- 13 Reproduktion wird festgeschrieben, dass Methoden wie die künstliche Befruchtung
- 14 (Insemination) bei alleinstehenden Frauen und bei Frauen in gleichgeschlechtlichen
- 15 Beziehungen nicht zulässig sind.
- 16 Auch nach der Öffnung der Ehe bleiben verschiedene Ärztekammern bei dieser Haltung,
- 17 was dazu führt, dass lesbische Paare von Ärzten bei Kinderwunschfragen abgewiesen

18 werden und in andere Bundesländer oder ins Ausland gehen müssen. Denn bei Verstoß  
19 gegen die Richtlinien der Ärztekammer riskieren die Ärzte die Entziehung der  
20 Approbation. Dabei spielt es auch keine Rolle, dass die Ärztekammer zwar angibt, von  
21 der Verfolgung der Ärztinnen und Ärzte in diesen Fällen abzusehen. Denn die Ärztinnen  
22 und Ärzte verweigern in aller Regel die Unterstützung bei lesbischen Paaren aus Angst  
23 vor möglichen Konsequenzen.

24 Trotzdem wollen oftmals die Ärztekammern die rechtlich und gesellschaftlich überholte  
25 Richtlinie nicht aktualisieren. Dies ist für die betroffenen Paare faktisch ein  
26 Ausschluss und diskriminierend.

27 Wir fordern auch den Bundesgesetzgeber auf, die „Vaterschaftsvermutung“ nach § 1592  
28 BGB („Vater eines Kindes ist der Mann, der zum Zeitpunkt der Geburt mit der Mutter  
29 des Kindes verheiratet ist“) auch für den Fall, dass ein Kind in die Ehe zweier  
30 Frauen geboren wird, auszudehnen. Die Übertragung der Vermutungswirkung auf  
31 gleichgeschlechtliche Ehen wird, wie der BGH erst jüngst in einem Beschluss festgestellt hat,  
abgelehnt. Dies ist eine Diskriminierung von gleichgeschlechtlichen  
32 Ehen. Gerade das Kindeswohl und auch der Schutz von Ehe und Familie gem. Art. 6 GG  
33 erfordert es, dass die Vermutungswirkung auch hier greift, sodass ein in der Ehe  
34 geborenes Kind automatisch zwei Elternteile hat und beide Ehepartner Elternrechte  
35 haben. Wir erwarten hier die Umsetzung der Empfehlung des Arbeitskreises  
36 Abstammungsrecht des Bundesjustizministeriums zur „Mit-Mutterschaft“ und die  
37 Gleichstellung von Vaterschaft und Mit-Mutterschaft bei Zeugung eines Kindes in einer  
38 gleichgeschlechtlichen Ehe.

## Antrag A019: Platz schaffen für queere Themen in den Lehrplänen!

Antragsteller*in:	Landesverband Saarland
Beschluss:	angenommen in geänderter Fassung

1 SPD-Kultusminister\*innen und die SPD-Landtagsfraktionen werden aufgerufen zusammen  
2 mit Vertreter\*innen der LGBT-Szene, Lehrkräften und der Schüler\*innenvertretung eine  
3 Arbeitsgruppe einzurichten, die die Umsetzung von queeren Themen in den Lehrplänen  
4 forcieren soll.

5 Die Etablierung der Themen soll ab dem frühestmöglichen Zeitpunkt in altersgerechter  
6 Art und Weise stattfinden und möglichst in vielen Fächern sowie den dort verwendeten  
7 Materialien, z. B. Schulbüchern, abgebildet werden.

8 Die Ergebnisse der Arbeitsgruppe sollen so schnell wie möglich in den nächsten  
9 Änderungen der Lehrpläne Berücksichtigung finden.

Empfänger\*in(nen): *SPD-Kultusminister\*innen, SPD-Landtagsfraktionen*

# Antrag A020: Schutz queerer Flüchtlinge

Antragsteller*in:	Landesverband Saarland
Beschluss:	erledigt durch Beschlusslage

1 Die Bundesregierung wird aufgefordert zukünftig davon abzusehen, Gesetzesinitiativen  
2 einzubringen, in denen Staaten zu sicheren Herkunftsstaaten erklärt werden, in denen  
3 es eine gruppenbezogene oder regionale Verfolgung gibt oder Abschiebungen in solche  
4 Staaten vorzunehmen.

5 Art. 16 GG enthält aus gutem Grund ein individuelles und einklagbares Recht für  
6 Asylsuchende. In den 90er Jahren wurde mit Einführung des Art. 16a GG allerdings auch  
7 eingeführt, dass Asylanträge von Asylsuchenden aus sicheren Herkunftsstaaten  
8 „offensichtlich unbegründet sind“. Das BVerfG hat schon in den 90er Jahren  
9 festgestellt, dass Staaten dann nicht zu sicheren Herkunftsstaaten erklärt werden  
10 dürfen, wenn es eine gruppenbezogene oder regionale Verfolgung gibt.

11 In der Folge wurde die Anzahl der „sicheren Herkunftsstaaten“ immer mehr ausgeweitet,  
12 auch mit der Begründung, um Asylverfahren zu verkürzen, da Anträge von  
13 Antragsteller\*innen aus bestimmten Staaten eine sehr hohe Ablehnungsquote aufwiesen.  
14 Eine pauschale Behandlung für Schutzsuchende durch das Instrument der sogenannten  
15 sicheren Herkunftsstaaten muss allerdings seine Grenzen an Rechtsstaatlichkeit und  
16 Verfassungsmäßigkeit erfahren. Die allzu schnelle Einordnung der betroffenen Länder  
17 wirft große rechtsstaatliche Fragen auf. So werden in den Maghreb-Staaten  
18 Minderheiten - insbesondere Homosexuelle - Frauen, Oppositionelle und  
19 Journalist\*innen verfolgt. Das Bundesverfassungsgericht macht zur Einstufung aber die  
20 klare Vorgabe, dass es in sicheren Herkunftsstaaten keine gruppenbezogene oder  
21 regionale Verfolgung geben darf, was in diesen Staaten im Hinblick auf Fragen von  
22 Gleichstellung von Frauen und LGBTIQ\*-Rechten bezweifelt werden muss.

23 Außerdem hätte diese innenpolitische Entscheidung auch außenpolitischen Schaden, denn  
24 die Einstufung schwächt die zivilgesellschaftlichen Bemühungen der Gruppen und der  
25 Opposition.

26 Fluchtursachen werden dadurch sogar begünstigt, dass individuelle Recht  
27 konterkariert. Bundesregierung muss dafür Sorge tragen, dass Staaten in denen LGBTIQ\*  
28 Verfolgungen erfahren, nicht zu „sicheren Herkunftsländern“ erklärt werden bzw. diese  
29 Kategorisierung für LSBTI zurückgenommen wird. Die Bundesrepublik darf weder selbst  
30 für Abschiebungen verantwortlich sein oder an Abschiebungen mitwirken, wo LGBTIQ\*  
31 oder Menschen aufgrund ihres Geschlechts verfolgt werden. Asylanträge oder Anträge  
32 nach Flüchtlingsschutz sind so zu gestalten, dass eine Mitwirkung von Staaten, in  
33 denen für die betroffenen Gruppen die Gefahr der Verfolgung besteht, ausgeschlossen  
34 ist. Verfahren vor deutschen Gerichten sind auch unter Wahrung der richterlichen  
35 Unabhängigkeit menschenwürdig zu gestalten.

## Antrag A021: Schutz der queeren Szene

Antragsteller*in:	Landesverband Saarland
Beschluss:	erledigt durch den Leitantrag

1 Die Bundesregierung wird aufgefordert, Corona-Hilfen (Fördermittel der öffentlichen  
2 Hand) im Hinblick auf die Bedürfnisse der queeren Community zu evaluieren und höheren  
3 Förderungsbedarf auch stärker zu fördern. Einnahmeverluste von Solo-Selbständige und  
4 Mini-Jobber sind auszugleichen.

5 Corona ist nicht nur eine Gefahr für die Gesundheit und das Leben der Bevölkerung.  
6 Betriebsuntersagungen und die Einhaltung der Hygienepläne verursachen neben der  
7 gefahrbedingten Zurückhaltung von Gästen und Kund\*innen eine nicht unerhebliche  
8 Gefahr für die queere Community.

9 Safe Spaces wie Kneipen, Bars, Clubs, Saunen und Veranstaltungen sind im Rahmen einer  
10 immer noch heteronormativen Gesellschaft und der ständigen Gefahr der Homo- und  
11 Transfeindlichkeit essenziell.

12 Die Corona-Krise bedroht damit nicht nur zahlreiche queere Projekte, Vereine und  
13 Unternehmen in ihrer Existenz, ebenso damit Beschäftigte und freie Mitarbeiter\*innen,  
14 sondern es steht zu befürchten, dass solche Safe Spaces gänzlich verloren gehen.

15 Daher wird die Bundesregierung aufgefordert, die bestehenden Fördermittel der  
16 öffentlichen Hand zu evaluieren, ob damit tatsächlich die Bedürfnisse für queere  
17 Strukturen (Beratungszentren, CSD- und Kulturvereine usw.) hinreichend Rechnung  
18 getragen wird. Das muss auch für Projekte gelten, die nun nicht durchgeführt werden  
19 können. Besonderer Förderbedarf muss ermittelt werden und auch gesetzliche  
20 Rahmenbedingungen geschaffen werden, dass der gesonderte Förderbedarf berücksichtigt  
21 wird und schnellstmöglich ausgezahlt wird. Auf gesonderte Verwendungsnachweise ist  
22 für 2020 zu verzichten. Dort, wo Förderungen an einen Eigenanteil gebunden sind, muss  
23 dieser Eigenanteil ebenfalls von der fördernden Stelle bereitgestellt werden.

24 Analog zum Kurzarbeitergeld muss es Regelungen für Freiberufler\*innen und  
25 Minijobber\*innen geben. Gerade in der Gastronomie, in Clubs, Saunen, in der Sexarbeit  
26 und im Kulturbereich arbeiten zahlreiche Menschen entweder als Selbstständige oder  
27 auf der Basis flexibler, schichtabhängiger Minijobs. Ihnen droht ein Komplettausfall  
28 ihrer Einnahmen.

## Antrag A022: Änderung des Abstammungsrechts

Antragsteller*in:	Bezirk Braunschweig
Beschluss:	angenommen

1 Wie wir im wirklichen Leben Eltern werden ist hinlänglich bekannt. Juristisch ist  
2 dies komplizierter. Hier wird die Elternschaft vom sogenannten Abstammungsrecht  
3 geregelt. Bis heute basiert dieses in Deutschland größtenteils auf biologischen



4 Aspekten. Wir fordern, dass der Vielfalt moderner Familien auch im Abstammungsrecht  
5 künftig Rechnung getragen wird. Regenbogenfamilien sollen die gleichen Möglichkeiten  
6 offen stehen wie Cis-Hetero-Familien.

7 Die Paragraphen 1591 und 1592 des Bürgerlichen Gesetzbuches, die bisher Mutter-und  
8 Vaterschaft im Groben regeln, sollen in einem gemeinsamen Paragraphen über die  
9 Elternschaft verschmolzen werden.

10 Dieser Paragraph soll folgende Fassung erhalten:

11 • 1591 Elternschaft

12 Erster Elternteil eines Kindes ist die Person, die es geboren hat. Die Person  
13 bestimmt die für sie geltende familienrechtliche Zuordnung „Mutter“, „Vater“ oder  
14 „Elternteil“ nach freiem Willen. Erfolgt keine Bestimmung, wird die Person als  
15 „Elternteil“ bezeichnet.

16 Weitere Elternteile eines Kindes sind die Personen

17 1. a) die zum Zeitpunkt der Geburt mit dem ersten Elternteil des Kindes verheiratet  
18 sind,

19 2. b) die die Elternschaft anerkannt haben oder

20 3. c) deren Elternschaft [...] gerichtlich festgestellt ist. Die Personen bestimmen  
21 die für sie geltenden familienrechtlichen Zuordnungen „Mutter“, „Vater“ oder  
22 „Elternteil“ nach freiem Willen. Erfolgt keine Bestimmung, werden die Personen  
23 als „Elternteil“ bezeichnet. Ein Kind kann nicht mehr als drei weitere  
24 Elternteile haben.

25 Ändert sich das Geschlecht im personenstandsrechtlichen Sinne bei einer Person, so  
26 ändert sich auf Antrag nachträglich auch die familienrechtliche Zuordnung nach den  
27 Absätzen 1 und 2. Des Weiteren sind die folgenden Paragraphen und die § 1626 bis §  
28 1698b BGB, welche die elterliche Sorge regeln, auf diese neue Regelung anzupassen und  
29 so zu fassen, dass sie dem neuen Charakter der Elternschaft bestmöglich dienen.

Empfänger\*in(nen): *SPD-Bundestagsfraktion, SPD-Bundesparteitag*

## Antrag A023: Erweiterung Artikel 3 GG

Antragsteller*in:	Bezirk Braunschweig
Beschluss:	angenommen in geänderter Fassung

1 Wir setzen uns für eine verfassungsrechtliche Absicherung für LSBTIQ+-Menschen im  
2 Grundgesetz ein und fordern die Erweiterung des Artikel 3 Absatz (3) im Grundgesetz  
3 um „seiner sexuellen Identität“.

4 Es soll heißen:

5 „(3) Niemand darf wegen seines Geschlechtes, seiner sexuellen Identität, seiner  
6 Abstammung, aus rassistischen Gründen, seiner Sprache, seiner Heimat und Herkunft,  
7 seines religiösen oder politischen Anschauungen benachteiligt oder bevorzugt werden.  
8 Niemand darf wegen seiner Behinderung benachteiligt werden.“

## Antrag A024: Aufhebung Blutspendeverbot

Antragsteller*in:	Bezirk Braunschweig
Beschluss:	erledigt durch Beschlusslage

1 Im Gesetz zur Regelung des Transfusionswesens (kurz TFG - Transfusionsgesetz) §12 ff  
2 Verord-nungsermächtigung wird der Bundesärztekammer die Verantwortung übertragen  
3 Richtlinien zu erstellen, in denen unter anderem die Auswahl und Untersuchung der  
4 spendenden Personen festgelegt wird.  
5 Seit der Neufassung dieser Richtlinie „Richtlinie zur Gewinnung von Blut und  
6 Blutbestandteilen und zur Anwendung von Blutprodukten (Richtlinie Hämotherapie)“ in  
7 2017, die die BÄK zusammen mit dem Paul-Ehrlich-Institut verabschiedet, gilt lt.  
8 Absatz 2.2.4.3.2.2 Exposition mit dem Risiko, eine übertragbare Infektion zu erwerben  
9 das Folgende:  
10 1. Zeitlich begrenzt von der Spende zurückzustellen sind Personen  
11 • deren Sexualverhalten ein gegenüber der Allgemeinbevölkerung deutlich erhöhtes  
12 Übertragungsrisiko für durch Blut übertragbare schwere Infektionskrankheiten, wie  
13 HBV, HCV oder HIV, birgt, für 12 Monate:  
14 (1) heterosexuelle Personen mit sexuellem Risikoverhalten, z. B. Geschlechtsverkehr  
15 mit häufig wechselnden Partnern,  
16 (2) Personen, die Sexualverkehr gegen Geld oder andere Leistungen (z. B. Drogen)  
17 anbieten (männliche und weibliche Sexarbeiter),  
18 (3) Männer, die Sexualverkehr mit Männern haben (MSM),  
19 (4) transsexuelle Personen mit sexuellem Risikoverhalten  
20 Wir fordern die Streichung der Punkte (1) - (4) im Absatz 2.2.4.3.2.2 der Richtlinie  
21 Hämotherapie, sodass die Auswahl der zurückzustellenden, spendenden Personen  
22 unabhängig von deren sexueller und geschlechtlicher Identität erfolgt.

## Antrag A025: Reform TSG

Antragsteller*in:	Bezirk Braunschweig
Beschluss:	erledigt durch Beschlusslage

1 Die rechtliche Situation von trans\* und inter\* Personen ist gerade im Wandel. Zum  
2 einen steht die ICD 11 davor in Deutschland Rechtskraft zu erhalten, wonach  
3 Transsexualität als Erkrankung wegfällt. So sehr wir diesen überfälligen Schritt auch  
4 begrüßen mögen, so sehr ist uns aber auch bewusst, dass genau dieser Umstand dazu  
5 führen kann, dass Betroffene ihre Ansprüche auf Kostenübernahme medizinischer  
6 Leistungen erst einmalwieder juristisch erstreiten müssen, sofern die Politik hier  
7 nicht klärend tätig wird. Auf der anderen Seite haben wir hinsichtlich des  
8 Personenstandes derzeit eine rechtliche Situation für trans\* Personen die sehr  
9 unbefriedigend ist. Auf der einen Seite gibt es den Weg über das  
10 Transsexuellengesetz, welcher alles andere als selbstbestimmt ist. Hier werden  
11 unter anderem zwei Gutachten verlangt und ein Richter muss auf deren Basis einen  
12 Beschluss fassen. Auf der anderen Seite gibt es prinzipiell auch den Weg über §45b des

12 Personenstandsgesetzes, der unter der Voraussetzung, der Vorlage eines Attestes über  
13 ein Vorliegen einer abweichenden Variante der Geschlechtsentwicklung die  
14 selbstbestimmte Erklärung der Geschlechtszugehörigkeit und des dazu passenden  
15 Vornamen vor dem Standesamt erlaubt. Leider haben wir hier, derzeit keine Gleichheit  
16 vor dem Gesetz, da das Standesamt diese Erklärung nach §5 PStG prüfen darf aber nicht  
17 muss und diese nach Auffassung des Bundesinnenministeriums nur inter\*Personen offen  
18 stehen soll, führt dieses dazu, dass je nach zuständigen Standesamt, ebenso ein  
19 Attest grundsätzlich reicht, dieses nach Augenschein entscheidet ob dieses reicht  
20 oder dieses eben grundsätzlich nicht ausreichend ist. Auch die Bundesregierung hat  
21 erkannt, dass diese Situation nichtbefriedigend ist und sich vorgenommen die  
22 rechtliche Situation von trans\*Menschen zu novellieren. Forderung: Bei einer  
23 bevorstehenden Reform des Rechtes für trans\* und inter\*Personen sind folgende  
24 Kriterien für die SPD leitend.

25 1. Eine zukünftige Regelung des trans\* und inter\* Rechtes kann nur auf Grundlage der  
26 selbstbestimmt geäußerten Geschlechtszugehörigkeit erfolgen.

27 2. Es soll künftig im Bereich des Personenstandes keine künstliche wissenschaftlich  
28 und rechtlich kaum begründbare Unterscheidung zwischen Intersexualität und  
29 Transsexualität erfolgen.

30 3. Die Reform darf nicht zur Verschlechterung der Situation von inter\* Personen  
31 führen.

32 4. Die Altersgrenze für eine selbstbestimmte Änderung des Personenstandes darf nicht  
33 höher als bei 14 Jahren liegen.

34 5. Das Offenbarungsverbot aus dem TSG ist beizubehalten und zu verschärfen, sei es  
35 durch eine Strafandrohung oder einer Begründung eines Schadenersatzes.

36 6. Die bestehenden Ansprüche auf Kostenübernahme medizinischer Leistungen zur  
37 Geschlechtsangleichung sind gesetzlich festzuschreiben.

## Antrag A026: Regelmäßige Tests auf Geschlechtskrankheiten als Kassenleistung

Antragsteller*in:	Landesverband Bayern
-------------------	----------------------

Beschluss:	angenommen
------------	------------

1 Die Arbeitsgemeinschaft SPDqueer fordert von der SPD-Bundestagsfraktion und der SPD:  
2 Regelmäßige Tests auf Geschlechtskrankheiten müssen reguläre Kassenleistung ohne  
3 Zuzahlung werden, ohne dass es Hilfskonstruktionen wie Registrierung als  
4 Risikogruppe, Angabe über häufigen Wechsel von Sexualpartner\*innen oder  
5 vorangegangenen ungeschützten Geschlechtsverkehr benötigt.

Empfänger\*in(nen): *SPD-Bundestagsfraktion, SPD-Bundesparteitag*

## Antrag A027: Regenbogenbeflaggung an Gebäuden des Bundes und der Länder erleichtern

Antragsteller*in:	Landesverband Bayern
Beschluss:	angenommen in geänderter Fassung

- 1 Die Arbeitsgemeinschaft SPDqueer fordert, dass der Beflaggungserlass der
- 2 Bundesregierung geändert wird um die Beflaggung von Gebäuden des Bundes, der Länder
- 3 und der Kommunen mit der Bundes und der Länder mit der Regenbogenflagge zu
- 4 ermöglichen.

### Empfänger\*in(nen):

*SPD-Bundestagsfraktion, SPD-Bundesparteitag, SPD-Minister\*innen der Bundesregierung, SPD-Landtagsfraktionen*

## Antrag A028: Anerkennung und Schutz von queeren Geflüchteten

Antragsteller*in:	Landesverband Bayern
Beschluss:	angenommen

- 1 Die AG SPDqueer fordert die oben genannten Adressaten auf sich dafür einzusetzen,
- 2 - dass das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF) bei seinen
- 3 Mitarbeiter\*innen endlich durchsetzt, dass queere Geflüchtete nicht mehr entgegen des
- 4 EuGH-Urteils von 2013 abgelehnt werden, mit dem Verweis, dass sie durch das Verbergen
- 5 ihrer sexuellen bzw. geschlechtlichen Identität in ihrem Herkunftsland vor Verfolgung
- 6 geschützt wären. Hierzu sollten die Mitarbeiter\*innen des BAMF besondere Schulungen
- 7 erhalten. Darunter u.a. Schulungen zur Befragungspraxis, zu LGBTIQ\*-spezifischen
- 8 Themen und zu länderspezifischen Bedrohungslagen für queere Geflüchtete in ihren
- 9 Herkunftsländern.
- 10 - sich dafür einzusetzen, dass in Flüchtlingsunterkünften und Erst-Aufnahme-
- 11 Einrichtungen besondere Schutzräume für queere Geflüchtete bereitgestellt werden, um
- 12 diese vor Übergriffen und Bedrohung besonders zu schützen.

Empfänger\*in(nen): *SPD-Bundestagsfraktion, SPD-Landtagsfraktionen, SPD-Bundesparteitag*

## Antrag A029: Unterstützung und Schutz von LGBTIQ\* in Polen und Ungarn

Antragsteller*in:	Landesverband Bayern
Beschluss:	angenommen

- 1 Die AG SPDqueer fordert die unten genannten Adressaten auf
- 2 1. zu prüfen, inwieweit mit deutschen oder europäischen Fördermitteln in Polen und  
3 Ungarn Projekte & Organisationen unterstützt werden, die LGBTIQ\*-feindliche  
4 Propaganda betreiben und diese Förderung umgehend zu beenden.
- 5 2. konkrete Möglichkeiten und Maßnahmen zur Unterstützung von LGBTIQ\*-Aktivist\*innen  
6 in Polen und Ungarn zu prüfen. Hier steht insbesondere neben finanzieller  
7 Unterstützung der Schutz und die Sicherheit der Aktivist\*innen vor staatlicher  
8 Willkür (z.B. Verhaftung) und Repressalien im Vordergrund.
- 9 3. auf binationaler, aber insbesondere auf europäischer Ebene auf die Einhaltung von  
10 EU-Recht im Hinblick auf die Rechte von LGBTIQ\* in den EU-Mitgliedsstaaten und  
11 Verstöße spürbar zu sanktionieren.

### Empfänger\*in(nen):

*SPD-Bundestagsfraktion, SPD-Minister\*innen der Bundesregierung, SPD-Abgeordnete im Europäischen Parlament*

## Antrag A030: Delegiertenschlüssel solidarisch umbauen

Antragsteller*in:	Landesverband Mecklemburg-Vorpommern
Beschluss:	abgelehnt

- 1 Die SPDqueer führt eine intensive Diskussion über eine solidarische Erhöhung der  
2 Grundmandate der Landes- und Bezirksverbände bei Bundeskonferenzen und  
3 Bundesausschüssen auf jeweils zwei, um eine bessere Integration von Verbänden mit  
4 geringeren Mitgliederzahlen zu unterstützen.
- 5 Der Bundesvorstand der SPDqueer wird beauftragt, zusammen mit den SPDqueer  
6 Arbeitsgemeinschaften der einzelnen Landes- und Bezirksverbände sowie den weiteren  
7 Bundesarbeitsgemeinschaften der SPD eine Lösung zur Anpassung der Grundmandate zu  
8 erarbeiten und bis zur nächsten Bundeskonferenz vorzulegen. Eine Berichterstattung im  
9 Bundesausschuss sollte regelmäßig stattfinden.

# Antrag A031: Diversitätsquote in den Vorständen von Aktiengesellschaften

Antragsteller*in:	Bezirk Braunschweig
Beschluss:	angenommen in geänderter Fassung

- 1 Die Bundeskonferenz möge beschließen und an den Bundesvorstand der SPDqueer
- 2 weiterleiten:
- 3 Vor sechs Jahren trat das FüPoG in Kraft. Dieses sollte die gleichberechtigte
- 4 Teilhabe von Frauen und Männern an Führungspositionen in der Privatwirtschaft und im
- 5 öffentlichen Dienst mittels einer sogenannten Frauenquote sicherstellen. Neben Frauen
- 6 gibt es allerdings weitere Gruppen innerhalb unserer Gesellschaft, die struktureller
- 7 Diskriminierung ausgesetzt sind, einer gläsernen Decke entgegentreten dadurch eine
- 8 Führungsposition verwehrt bleibt. Aus diesem Grund wenden wir uns an das
- 9 Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend mit der Forderung, neben
- 10 der Frauenquote eine Diversity-Quote zu beschließen. Diversität rückte in den letzten
- 11 Jahren in den gesellschaftlichen, jedoch ebenso wirtschaftlichen Fokus. Diverse Teams
- 12 arbeiten nachweislich effizienter, bringen ganzheitliche Lösungen zu Tage und gelten
- 13 als Zukunftsgarant. Die Einbeziehung der gesamten Bevölkerung mitsamt der
- 14 verschiedenen Diversity Dimensionen ist somit nicht nur aus sozialen Gesichtspunkten,
- 15 sondern ebenso aus wirtschaftlichen, essenziell und sinnig.
- 16 In Vorständen von börsennotierten und paritätisch mitbestimmten Unternehmen mit in
- 17 der Regel mehr als 2000 Beschäftigten, die mehr als vier Mitglieder haben, sollte min
- 18 eine der Personen einer unterrepräsentierten Personengruppe angehören, zum Beispiel
- 19 fallen unter unterrepräsentierte Personengruppe LSBTIQ+ Personen, People of Colour
- 20 (PoC) sowie Menschen mit Behinderung.
- 21 Wenn ein Unternehmen diese Anforderungen nicht erfüllt, sollte dieses in Zukunft zu
- 22 einer Begründung verpflichtet und ggf. sanktioniert werden.
- 23 Große Aktienkonzerne sollten hierüber hinaus, jährlich in Prozent in ihrem
- 24 Jahresbericht preisgeben, wie divers ihre Vorstände besetzt sind.

## Antrag A032: Benennung der beiden beratenden Delegierten zum Bundesparteitag

Antragsteller*in:	Arne Platzbecker (Bundesvorstand)
Beschluss:	angenommen

1. Carola Ebhardt
2. Oliver Strotzer
- Ersatz:
1. Petra Cardinal
2. Sarah Ungar

## Antrag I005: Initiativantrag für die Kandidatur zur/zum Bundesvorsitzenden durch Oliver Strotzer und Carola Ebhardt

Antragsteller*in:	Arne Platzbecker (Bundesvorstand)
Beschluss:	angenommen
Sachgebiet:	SPDQ - SPD Queer Buko 2021 Unter-sachgebiet: I - Initiativanträge

- Oliver Strotzer vom LV Sachsen zur Wahl als Bundesvorsitzenden und Carola Ebhardt aus dem LV Hamburg zur Bundesvorsitzenden im Rahmen einer Doppelspitze zu wählen.

## Antrag I006: Initiativantrag Abstimmung zu Selbstbestimmungsgesetz unterstützen

Antragsteller*in:	Daniel Jazdzewski (Bayern)
Beschluss:	angenommen in geänderter Fassung
Sachgebiet:	SPDQ - SPD Queer Buko 2021 Unter-sachgebiet: I - Initiativanträge

- Die SPDqueer Bundeskonferenz fordert alle Mitglieder der SPD-Bundestagsfraktion auf den Antrag für ein Selbstbestimmungsgesetz der Grünen Bundestagsfraktion zu unterstützen.
- Die CDU/CSU hat trotz Koalitionsvertrag es immer wieder verhindert einen progressiven Gesetzesentwurf aus der Koalition heraus zu stellen, bei dem die geschlechtliche Selbstbestimmung im Mittelpunkt steht. Da die CDU/CSU sich zudem weiterhin auch in anderen Bereichen nicht an gemeinsame Beschlüsse gebunden fühlt, sehen wir die Möglichkeit, dass die SPD auch einem Antrag zustimmt., der nach jeglichen logischen

- 9 Grundsätzen sowieso ohne Fraktionsdisziplin fallen müsste. Ähnlich wurde es bei der  
10 Abstimmungen zu Sterbehilfe oder der Ehe für alle gehandhabt.  
11 Im SPD Zukunftsprogramm ist bereits jetzt unser Einsatz für ein modernes  
12 Selbstbestimmungsrecht vorgesehen.

**Empfänger\*in(nen):**

*Mitglieder der SPD Bundestagsfraktion*